

# Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volksrecht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Ponce Graupnerstr. 47, durch die Post und durch Couriers zu beziehen. Preis vierteljährlich 12 Pf., 3.50, pro Woche 20 Pf., Postgebühren 10 Pf.

Insertionsgebühren beträgt für die einseitige Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für zweiseitige 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 266.

Sonntag, den 12. November 1898.

9. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Vom Kommunalfreiwesen.

Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung hat letzten Donnerstag beschlossen, die Berliner Elektrizitätswerke mit Ablauf des Jahres 1899 nicht, wie es der Vertrag gestattet, in eigene Regie zu übernehmen, sondern mit der Aktiengesellschaft „Berliner Elektrizitätswerke“ einen neuen Vertrag abzuschließen. Die nähere Lage der Vertragsverhältnisse ist nach der „Frankf. Ztg.“ — also einem unverfälschten Kapitalistenblatt — welcher wir auch die nachstehenden Notizen entnehmen, folgende:

Ein Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung hatte einen Vertragsentwurf vorgelegt, durch welchem die Berliner Elektrizitätswerke bis zum Jahre 1915 die zum Betriebe der Straßenbeleuchtung, zur Straßenbeleuchtung und die für die industriellen Unternehmungen nötige Elektrizität liefern sollen. Der erste, grundlegende Paragraph dieses Entwurfs ist nun angenommen worden und damit hat sich die Berliner Stadtverwaltung das Recht begeben, die Elektrizitätswerke in eigene Regie zu nehmen. Sie werden auch ferner Privaten zur Ausbeutung überlassen sein. Allerdings erhält die Stadt dafür eine gewisse „Entschädigung“, denn sie soll 10 Prozent der Brutto-Einnahme für die in Berlin hergestellte Elektrizität beziehen, sowie 40 Prozent von dem Reingewinn, der übrig bleibt, nachdem für das Aktienkapital bis zum Betrage von 20 Millionen Mark eine Dividende von 6 Prozent und — soweit das Aktienkapital diesen Betrag übersteigt — eine Dividende von 4 Prozent vorweggenommen ist. Diese „Entschädigung“ ist aber durchaus kein Äquivalent für das, was der Kommune durch die Befreiung der Elektrizitätswerke in privaten Händen entgeht, denn abgesehen von anderen Schäden ist es allerdings richtig, wie der Stadtverordnete Hofmann betonte, daß jetzt die Stadt Berlin in aller Bequemlichkeit 800,000 Mark von den Elektrizitätswerken bezieht, aber ebenso richtig ist es, daß — zwei Millionen Mark den Aktionären in den Schoß fallen.

Aber das ist noch nicht der Kern der Sache. Bedenklich ist die Thatsache, daß die Majorität der Berliner Stadtverordneten-Versammlung für die hochwichtige prinzipielle Frage, die mit zur Entscheidung stand, so gar kein Verständnis zeigte oder zeigen wollte. Es handelte sich ja nicht nur einfach darum, ob die Berliner Elektrizitätswerke verstaatlicht werden sollten oder nicht, sondern auch um die Frage: Ist es überhaupt zulässig, ein solches Institut in den Händen privater Personen zu lassen? Theoretisch ist diese Frage freilich längst entschieden, aber leider stehen die praktischen Entschlüsse damit nicht immer im Einklang. Heute zweifeln Sachverständige nicht mehr daran, daß ein Elektrizitätswerk ein Institut monopolistischen Charakters ist. Der enge Zusammenhang, der zwischen Licht, Kraft- und Verkehrsanlagen besteht, macht es zu einem Unternehmen solcher Art. Eine Kommune soll aber niemals die Ausbeutung von derartigen Monopolen Privaten überlassen, denn die Folgen, die ein solches Privatmonopol mit sich bringen kann, sind gar nicht alle voraus zu sehen, und es ist unmöglich, durch Verträge den schädlichen Folgen vorzubeugen. Fast in allen Städten der zivilisierten Welt hat man diesbezüglich die traurigsten Erfahrungen gemacht, und wenn sich heute die Theorie übereinstimmend für die Verstaatlichung, beziehungsweise für die Verstaatlichung von Verkehrsanlagen, Gas- und Wasserwerken, Elektrizitätswerken u. aus-

spricht, so geschieht dies wahrhaftig nicht aus irgendwelchen nebulösen Prinzipien heraus, sondern eben auf Grund der Thatsachen, die so massenhaft vorliegen, daß man davon überzeugt werden muß, wenn man sich überzeugen lassen will, daß gewisse Unternehmungen der privaten Thätigkeit entzogen werden müssen.

Alle Einwände, die man dagegen erhoben hat, sind nichtig. Vor Allem ist aber die Thatsache charakteristisch, daß manche Leute nur dann gegen die Verstaatlichung von Unternehmungen auftreten, wenn diese gewinnbringend sind, während sie im umgekehrten Falle nichts einzuwenden haben. In Berlin steht heute die Sache thatsächlich so, daß ertragreiche Unternehmungen, bei denen der städtische Betrieb in Frage käme — Straßenbahnen, Elektrizitätswerke u. — dem privaten Kapital zugesprochen sind, während Institute, die wenig oder gar keinen Gewinn abwerfen — Markthallen, Vieh- und Schlachthof u. — aus allgemeinen Mitteln erhalten werden. Wenn nun diese Unternehmungen von der Kommune betrieben werden sollen, warum nicht auch jene? Die Antwort liegt nahe. Daß es aber recht und billig sei, die Steuerzahler, auch die ärmsten, mit diesen Unternehmen zu belasten, ohne sie durch jene zu entlasten, wird man nicht behaupten können.

Für Elektrizitätswerke hat man sich nun auch besondere Ausflüchte zurechtgelegt, die eine Ablehnung ihrer Verstaatlichung rechtfertigen sollen. So ist z. B. in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung behauptet worden, daß die Frage der elektrischen Zentralen gerade gegenwärtig in einer besonders ungewöhnlichen Entwicklung begriffen sei. Es ist aber merkwürdig, daß dieselbe Behauptung überall und zu jeder Zeit aufgestellt wurde, wo es galt, eine solche Anstalt als öffentlich-rechtliche zu errichten, und nirgends hat sie sich als richtig erwiesen. So ist es auch diesmal und deshalb kann das keinen Grund dafür abgeben, daß eine Kommune sich weigert, das fragliche geschäftliche Risiko auf sich zu nehmen. Dann kam natürlich wieder der alte Ladenauftrag zum Vorschein, daß eine Stadt solche Anlagen nicht so zweckmäßig gestalten und leiten könne, wie eine private Gesellschaft. Aber eine solche Arbeit doch auch nur mit Beamten, und überdies haben die Erfahrungen vieler Städte, wie London, Glasgow, Köln, Dresden, Frankfurt u. A. gezeigt, daß eine Kommune recht wohl im Stande ist, derartige monopolistische Institute richtig zu führen. Berlin ist in Bezug auf städtische Gasbeleuchtung vielen anderen Städten vorangegangen und nun sollte es auf ähnlichen Gebieten nicht leisten können, was so manche andere Stadt leistet? Auch die Behauptung, daß die privaten Berliner Elektrizitätswerke die billigsten Preise gewähren, ist falsch. Die Berliner Preise für Licht sind nach zwölfjährigem Betrieb und die Preise für Kraft sind in Frankfurt sogar billiger, als in Berlin. Die Preise für den Tramwayverkehr sind die gleichen. Wo ist da der große Vorzug der privaten Berliner Elektrizitätswerke?

Wo die Verhältnisse so klar liegen, wie in diesem Falle, hätte man erwarten dürfen, daß eine überwiegende Majorität, dem Zuge der Zeit folgend, die Verstaatlichung der Berliner Elektrizitätswerke beschließen würde. Da es doch nicht geschieht, fehlt es an Stimmen, die meinen, daß für manche Stadtverordnete auch andere als rein sachliche Gründe maßgebend waren. Hat doch schon in jener Sitzung der Stadtverordnete Singer gesagt:

„Die Betriebsgesellschaften sind heute Tochtergründungen der Ranggesellschaften, welche die Verkehrs- u. f. w. Anlagen

gebaut haben, sie sind untereinander und mit den großen Finanzinstituten verschwägert, verbunden, fusioniert; jeder hat seine Hand auch in der anderen Verwaltung; schließlich koalirt sich das ganze Kapital derselben zum Schaden der Stadt Berlin, dessen Straßen und Plätze es abgrast. Aber sie ziehen ihre Kapitalsäden direkt in die städtische Exekutive hinein, indem sie Magistratsmitglieder in ihre Aufsichtsräte setzen, und nicht genug damit, müssen wir es doch erleben, daß die Herren, die wir selbst gewählt haben, es mit ihren Amtspflichten für vereinbar halten, direkt in den Aufsichtsräten der Gesellschaften zu sitzen, mit denen wir hier Verträge schließen! (Hört! hört! und Bewegung.) Diese Fäden müssen abgeschnitten werden. Daß man in solchem Moment dazu übergeht, bis 1915 auf Abänderung dieser Bedingungen verzichten zu wollen, kennzeichnet mehr als irgend etwas sonst die Klassenwirtschaft, die im Interesse des Kapitalismus hier getrieben wird.“

Der „Vorwärts“ hatte einige Tage vor der Abstimmung diese Art Anlage gegen einen großen Teil der Berliner Stadtverordneten und Stadträte erhoben und im Einzelnen unter Namensnennung nachgewiesen, wie Aufsichtsräte, Direktoren von Verkehrsgesellschaften oder mit diesen in Verbindung stehenden Bankinstituten selbst Berliner Stadträte beziehungsweise Stadtverordnete sind. Daß unter solcher Umständen die Berliner Stadtverwaltung völlig im Sinne einzelner Selbstgeschäfte ist, wird Niemand mehr in Zweifel nehmen. So grauen denn einige Firmen, hinter welchen Berliner Stadtverordnete und Stadträte stehen, das ganze Feld von Berlin und Umgebung ab. Panama in Berlin!

Gegen eine derartige Birtthchaft in der Stadtverwaltung muß das öffentliche Interesse mit Nachdruck sich verwahren. Es begreift sich auch, daß eine solche städtische Vertretung, der Regierung wenig imponirt. Die schwächliche Haltung der Berliner Kommunalvertretung in der bekannten Friedhof-Angelegenheit wie auch in der Ablehnung Singer's als Mitglied der Schuldeputation erscheint jetzt in einer wirklich elektrischen Beleuchtung!

Ähnere Städte, speziell wir in Breslau, die wir nicht vor den Stadtverordnetenwahlen sehen, werden sich an den Vorgängen in Berlin ein warmendes Exempel nehmen müssen.

### Zur Kritik kaiserlicher Reden

Schreibt das „Leipziger Tageblatt“, Amtsblatt des königlichen Land- und Amtsgerichts Leipzig, des Rathes und Polizeiamtes der Stadt Leipzig:

Eines kann kein gerichtliches Erkenntnis umstoßen: was Herr Sarden zu schreiben pflegt, ist das Surrogat einer Kritik, die beständig herausgefordert wird und sich demnach nicht an die Öffentlichkeit wagen darf, weil Sonne und Wind allzu ungleich vertheilt sind. Und wenn die Gerichte die Zukunft zum Schweben brächten, so wäre damit nichts gewonnen. Was jetzt gelesen wird, würde von Mund zu Mund gehen. Abhilfe kann nicht durch Repression, sondern nur dadurch gebracht werden, daß dem Unwünschten der Nährboden entzogen wird, vor allen Dingen durch ein geändertes Auftreten des Kaisers in Wort, Schrift und Telegramm. Es giebt kein anderes Mittel gegen die hässliche Kritik kaiserlicher Reden, als daß Aussprüche, deren Berichtigung das Reichsinteresse fordert, nicht gethan werden, und unseres Erachtens muß die patriotische Presse auf jede Gefahr hin aussprechen, daß der Verzicht auf den Glanz des Redners und den Ruhm des Universalgenies in den Kreis der Herrscherpflichten fällt.

## Beim Kommiß.

Zwei Jahre Volks-Erziehung

von Eugen Thollan.

12)

Und nun, bei den ersten Häusern des Dorfes, brauste es los — wie ein stolzer Adler —, daß die Kinder zusammenliefen und die Bauern mit ihren Weibern wohlgefallig und stolz aus den Fenstern auf ihre sorglichen, lustigen Vaterlandsverehrigender hinausblühten.

Auf das „Kompagniekloppen“ folgte das Bataillons-Exerzieren. Da war man noch mehr sich selbst überlassen und konnte sich einrichten. Die Hauptleute und Zugführer hatten so viel mit sich selbst zu schaffen, daß sie den einzelnen Mann unmöglich im Auge behalten konnten. Die Erzählungen aus der Handwerkerstube bekamen hier für die Strukturalen Leben und Bedeutung. Sie merkten, daß auch da oben auf den Pferden Menschen saßen und keine Götter, Menschen, die sich unter Umständen gerade so mußten anschauen lassen, wie sie selbst und die ebenfalls ihre Weise gefunden hatten, mit der sie sich darüber hinwegsetzten.

Das Exerzieren in größeren Verbänden hat für die Offiziere Söhren und Gefahren, von denen sich der Uneingeschulte keine Vorstellung macht. Nicht nur die natürlichen Schwierigkeiten kommen hier in Betracht, welche die Befehlsführung der Massen bietet, noch verderblicher ist die wechselläufige Mode, welche in der Abgabe der Kommandos besteht und deren Ton von oben her angehen wird. In dem einen Jahr ist das laute geschrieene Kommando an der Tagesordnung, im nächsten Jahre ist alles Schreien verpönt; Alles soll dann durch Winke und Zeichen mit dem Degen gemacht werden, so daß sich die Bewegungen in tiefer Ruhe vollziehen; ein ganzes Bataillon hängt an der Degenspitze des

Majors, und wie er sie hebt und senkt, nach rechts oder links schwenkt, so stehen die Massen oder brechen auf, schieben sich zur Seite, theilen sich, vereinigen sich wieder. Und das Imposante dieser scheinbar unwillkürlichen Gesetzmäßigkeit hat viele Liebhaber in den höheren Chargen.

In dem Jahre, in welchem Adolf zum ersten Mal an den Bornen des Bataillonsexerzirens theilnahm, hielt die Parole auch: „Winken!“

Diese Methode hat neben ihren unzulänglichen Vorzügen aber auch den Nachtheil, daß oft der intelligenteste Hauptmann nicht enträthseln kann, was der Major mit seinen Winken auszubilden beabsichtigt, der Mann, der da vorn ein paar hundert Schritt vor dem Bataillon auf seinem Stoß unerschrocken, dessen Arm man immerzu in der Luft herumfucheln sieht, dessen Degen aber oft selbst das schärfste Auge nicht zu erblicken vermag, so daß man unmöglich wissen kann, ob er ihn gehoben oder gesenkt, nach links oder nach rechts gestreckt hat. Namentlich der Hauptmann der dritten Kompagnie, der erst kürzlich in das Bataillon versetzt war, war geradezu in Verzweiflung. Er konnte es dem Major niemals recht machen. Alle Augenblicke hieß: „Die Herren Hauptleute!“ Und eine lange Konferenz nahm ihren Anfang, in der die Theorie der Zeichen und Winke ausführlich erörtert und festgelegt wurde. Der Hauptmann der dritten aber blieb unverstündlich wie vorher. Er haute immer wieder daneben.

Als er wieder Mal seinen Köffel weg hatte, kam er ganz trüblich herübergeritten zu Adolfs Kompagniechef, der gerade zwischen seinem ersten und zweiten Zuge hielt und dessen Pferd hartnäckig wiederholte Versuche machte, Adolf auf die Hüchnerangen zu treten.

„Nu sagen Sie bloß mal, Graupeter“, hab der von der dritten an, wie viele Zeichen hat denn nun der Major? Ich sehe beim besten Willen immer nur eins, immer dasselbe.“ Und Hauptmann Graupeter entgegnete verstimmt: „Die

Sache ist die: er hat nur ein Zeichen, aber es bedeutet sehr vielerlei.“

„So!“

„Ja.“

Und dann lachten die Weiden herzlich und ritten ein wenig zur Seite. Bis wieder der Ruf erscholl: „Ich bitte — die Herren Hauptleute!“

Den Major mochten sie überhaupt Alle nicht leiden. Besonders aber hatte ihn der von der vierten auf dem Strich, ein hünenhafter Offizier mit einem prachtvollen blonden Vollbart und einer unergründlich tiefen, rauhen Bassstimme. Die unergründliche Kaltblütigkeit, die dieses Mannes vorzüglichste Eigenschaft war, stand auch in gar zu schroffem Kontrast zu des kleinen Majors nervöser Beweglichkeit, die, wenn er in Ertzase gerieth, geradezu beängstigend wirken konnte.

Das Bataillon stand in Doppelsonnen, die Hauptleute der zweiten und vierten Kompagnie hielten neben einander hinter der Front. Der Major tobte im weiten Felde umher und gestikulirte wie ein Wilber. Es geschah aber nichts. Man wußte wieder nicht, was er wollte. Das Bataillon stand wie gemauert. Da tönte über den Platz herüber die schrille Stimme des kleinen Mannes, aufsteigend, ängstlich, wäthend: „Herr Hauptmann von Einau!“ — Das war der von der vierten.

Wie aus dem Grab kam die Antwort aus dem Hintergrunde, in beiden Kompagnien verständlich: „Stillsch mir den Buckel rüber!“

„Herr Hauptmann von Einau!“ Noch schriller. „Ich habe es schon einmal gesagt: rufsch mir den Buckel rüber!“

„Herr Hauptmann von Einau!“ Jetzt quatschte es nur so. „Na, dann muß ich wohl.“ — „Herr Major?“ — „Im großen Galopp jante Herr Hauptmann von Einau an den



### Zu den neuen Militärforderungen

meint die „Köln. Ztg.“, es sei als bestimmt zu betrachten, daß in dem neuen Etat eine Forderung der Reorganisation der Feldartillerie enthalten sei, besagt, daß diese Reorganisation dem neuartigen Kommando von 2 Divisionen 3 Brigaden Feldartillerie, je eine zu zwei kleineren und übersichtlicheren Regimentern für die Division, außerdem vielleicht eine Sanitätsabteilung für jedes Kommando geben werde. Andererseits sei man auf eine Verminderung der seitenden Abteilungen auf die für Kavalleriedivisionen im Kriege nötige Zahl bedacht. Daß man eine besondere Telegraphentruppe errichten wolle, sei schon vor langer Zeit berichtet worden.

### Die Furcht vor Bismarck Enthüllungen

Idem noch die Furcht vor Bismarck nicht gering zu sein. Ein Herr Werner hat sich dem „Bismarck“ nach Bismarcks Tod im Jahre 1897 die 500 Mark ihres Bismarckbrief, den er 1869 als Mitglied der Reichsversammlung unter Verzeichnung einer Portion kaiserlichen Geldes erhielt, aus. Der Brief enthält neben dem üblichen Dankeswort nur die Forderung: die Sendung bewilligen. „Ich habe für Sie das Geld für die Herstellung der Städte in gleicher Weise gegeben ist, wie der vorerwähnten Gemeinde“. Diese Annonce hat der Regierungspresident zu Potsdam im Oktober. Am 29. September erschienen bei Herrn Werner, welcher jetzt in Berlin lebt, zwei Mitteilungsblätter und verlangten den Bismarckbrief unter Bezugnahme auf die Verfügung des Reichspräsidenten zu Potsdam. Der verlangte Brief des Reichspräsidenten sollte ihn schlüssig machen, daß derselbe überhaupt nicht existiere, die den Verkauf unkonkret erscheinen ließen. In Folge dessen wurde der Reichspräsident erlucht, den Brief mit Forderung zu belegen und nach Potsdam einzuweisen. Zu Potsdam sei die Forderung nicht erfüllt, daß der Brief jedesfalls in die Akten des Reichspräsidenten ginge. Er forderte den Beamten anheim, seinen Entwurf zu erörtern und den Brief mit Gewalt sich anzueignen, da er ihn zum Verkauf herabzugeben, was über nach längerem Verfahren bereit, der selben die Beamten seien zu lassen. Am 10. Oktober erschienen die Beamten wiederum und präsentierten eine Verfügung des Reichspräsidenten am 1. Oktober in Berlin, welche anordnete: In der Untersuchungsphase wider den Versicherungsbeamten A. (wegen?) das (welche?) wird der 20. Brief hermit mit Beschlag belegt. Wenn ein offener Beamter, welche zum mehr mit Gewalt drohten, daß er den Brief bereits verkauft, außerdem aber sich bei dem Minister des Innern unter Bezugnahme einer beglaubigten Bescheinigung des Reichspräsidenten habe. Er führte auch Bescheinigung beim Justizminister über das Vergehen des Staatsanwalts. Von beiden Ministern ist nach dem „Bismarck“ eine Antwort nicht erfolgt. Warum wohl nicht? Waren die Herren Minister nicht im Stande, das Verhalten der betreffenden Beamten zu rechtfertigen?

### Der Kampf um das Koalitionsrecht

Gelegentlich einer Sitzung des Article Clubs in London, an welcher angesehenen Vertreter der Justiz, des Handels, der Literatur teilnahmen und in welcher Herr W. P. Reeves über die zwangsweise Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgeber in New Zealand referierte, äußerte sich der Lord-Oberrichter über Streiks, wie folgt:

„Streiks sind ungewisselhaft ein Uebel, aber es ist ein tröselhaftes Gebraue, daß gerade sie ein Beweis für die Fortschritt sind, die die Arbeit gemacht hat, ein Beweis dafür, daß die Arbeit sich auf eigene Füße gestellt hat und fähig ist, für ihre Rechte selbst zu kämpfen.“

Lauter, allgemeiner Beifall folgte diesen Worten des höchsten englischen Richters. Was sagen unsere deutschen Richter, zu diesem verständigen Urtheil?

Wieder ein hartes Urtheil wegen Vergehens gegen § 153 haben dieser Tage Erfurter Richter gefällt. Der Arbeiter Reinhold, der an einem Streik betheilig war, kam in einem Gasthause mit einem „Arbeitswilligen“ zusammen. Er ließ sich hinführen, sich an diesem Uebelthäter und Thäter zu vergehen. Der Staatsanwalt beantragte in der Strafkammer zehn Monate Gefängnis. Der Gerichtshof ging unter der Begründung, daß ein Arbeitswilliger ganz energisch gegen Ausbreitungen anderer geschäftet werden müsse, über den Antrag hinaus und erwarb auf ein Jahr Gefängnis. Die vom Angeklagten beantragte Anrechnung der neunwöchigen Unterjuchungsgehalt wurde abgelehnt.

Mit solchem Urtheil müssen hoch selbst die ängstlichen Arbeiterfreunde zufrieden sein.

### Gegen die Sozialdemokratie

nichtet sich der Bericht, bei den Reichstagswahlen den Wahlzwang einzuführen. Der bekannte Wahlrechtler Hermann Hofer hat unteren Gegnern durch seine Reichstagswahlverhandlungen Material an die Hand gegeben, das diese nach ihrer besonderen Art verwerthen. Man hat berechnet, daß von sämmtlichen 56 sozialdemokratischen Abgeordneten nur zwei die Mehrheit der Wähler hinter sich haben; alle übrigen sind von einer Minderheit gewählt, die in zwölf Wahlkreisen nicht unter zehn

joch Jäger vorbei, dem Major entgegen, und jenseits einseitig den Degen vor ihm.

Der Hauptmann der vierter war ungeheuer populär bei seinen Soldaten.

Er kam zurück.

„Na, was war denn los?“

„Ach Gott, das alte Sieb.“ — Außerdem sagt er, es wäre kein Trut im Detallion. Es lautet nicht.“

„Hauptmann Hauptmann hat ja seiner zweiter vorgemacht. „Archt, trampf nur unbedingt auf, wenn es im Reich geht. Wenn Ihr auch die Krone nicht durchstreift. Aber lacht nicht.“

Es war in dieser Zeit, daß es mit ein leises Schreiben durch Hof's Seele zog, eine glühende Erklärung, die Hauptmann von der Hauptstadt bis zum letzten Winkel der Provinz verbreiten ließ. — „Uebereinstimmung und Einigkeit“ — „Solidarität und Einigkeit“; ein Ausruf von der Banne des Reichstagswahlrechts, das in Reich und Land sich fortpflanzt. Und eine herbe, prächtige, pulsierende Jugend war die heilige Seelsorge, in der man den Reich seiner politischen Eigenständigkeit gegenüberstand, das reichste Stück, das man sich im verborgenen Klammern seiner Herzen gesammelt. Es war ihm selber ein seltsamer Schmerz, wenn er von einem Berggipfel aus sah, wie die haben gesammelt, zu neuen Gipfeln zu steigen und zu sinken — in der Handlung von ihm.

Prozent betrage. Diese Thatfachen verleben unsere Gegner zu allerlei Vorschlügen und Hoffnungen. Selbst das Zentrum giebt sich dem Wahn hin, daß nur Gegner der Sozialdemokraten bei den Wahlen zu Hause bleiben. Dann im Hinblick auf den durch das neue braunschweigische Wahlgesetz geplanten Wahlkampf meint die „Köln. Volksztg.“, daß das Interesse des Staates die Anwendung des Zwanges bei der Wahl verlange. Während z. B. in Folge der Wahlverfäumnisse großer Wählermassen ein Reichstag gewählt, der die ganze Reichsmaschinerie zum Stillstehen zu bringen oder über den Haufen zu werfen drohte, so wäre sogar die Einführung des Wahlzwanges als ein sehr rückwärtsvolles Ausfallsmittel gegenüber den Wahlberechtigten zu bezeichnen. ... Ohne Zweifel würden bei Einführung des Wahlzwanges die Volksvertretungen auch ein rechtlich anderes Aussehen erhalten als jetzt, denn die „ruhigeren“ Bürger sind es meist, die am Wahltag zu Hause bleiben.“ Das ist ein krasser Irrthum. Gerade die Sozialdemokratie würde durch Einführung des Wahlzwanges, selbstverständlich bei voller Aufrechterhaltung der geheimen Abstimmung, gewinnen. Denn nicht nur in den Städten, sondern noch vielmehr in den ländlichen Wahlkreisen bleiben große Scharen von Arbeitern aus den verschiedenartigsten Ortschaften der Wahlkreise fern. Indifferenz oder Furcht sind die beiden hauptsächlichsten Beweggründe dieses Verhaltens. In ländlichen Gegenden, namentlich in kleinen Gemeinden, wählt der Arbeiter lieber gar nicht, weil er bei der scharfen Kontrolle an der Wahlurne die Folgen seiner Abstimmung fürchtet. Und in Städten ist bei vielen Gleichgiltigen die Annahme ausschlaggebend, daß es ja auf eine Stimme doch nicht ankomme. Unter den Nichtwählern befindet sich daher auch ein guter Prozent Sozialdemokraten, die wie andere Reichstagswähler auch dem Geseze der Trägheit unterliegen. Man zähle sie aber ja nicht deswegen unter die sogenannten ruhigen Bürger. Gut, man mag die Wahlpflicht einführen, aber man täusche sich nicht über den Erfolg einer solchen Wahlreform.

### Statistische Statistik der Reichstagswahlen

Im Verlage von Putzhammer und Mühlbrecht ist soeben die vom Kaiserlichen Statistischen Amt bearbeitete „Statistik der Reichstagswahlen vom 1898“ erschienen. Hiernach stellt sich das Gesamtresultat wie folgt: bei einer Bevölkerungszahl von 52,274,901 Köpfen waren am 16. Juni 11,441,901 wahlberechtigte Reichstagswähler vorhanden. Die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen betrug 7,762,693, ungültige Stimmen waren 34,021. Diese abgegebenen Stimmen vertheilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Deutschsozialistische	559,222	(1,035,358)	— 179,131
Deutsche Reichspartei	343,842	(433,455)	— 94,793
Nationalliberal	971,222	(996,990)	— 20,678
Freiwilrige Bewegung	195,682	(258,451)	— 62,769
Freiwilrige Volkspartei	558,314	(666,439)	— 108,025
Schlesische Volkspartei	168,325	(166,757)	— 53,229
Zentrum	1,456,159	(1,463,591)	— 13,372
Polen	244,196	(229,531)	+ 14,667
Sozialdemokrat	2,107,076	(1,758,756)	+ 320,348
Christliche (Deutsche)			
Christliche u. Christ-Soz.)	324,250	(363,861)	+ 20,369
Bund der Landwirthe	110,359		
Deutscher Bauernbund	140,304		
Kleinere Gruppen (Evangelische, Nationalsozialistische, Christl., Deutsche u. f. m.)	258,204	(234,927)	

Die eingekreisten Zahlen geben die Stimmenzahl vom 15. Juni 1898 an.

### Schutz vor Schandurtheil

Das Schandurtheil in Döhlen verurtheilte den Schutzmann Daniel-Jung, den bismarckischen Vertrauensmann des inspreussischen Regierungsraths Dr. Sante, wegen Unterjuchung an Krone und Unterjuchung an einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Sperre.

### Keinen Urlaub zum Landtage

Das Reichsgewerbeamt hat seine Beschlüsse über die „Reichsgewerbeamt“ an dem Reichstagswähler ausser Acht gelassen. Das Reichsgewerbeamt hat seine Beschlüsse über die Reichstagswahlen an dem Reichstagswähler ausser Acht gelassen. Das Reichsgewerbeamt hat seine Beschlüsse über die Reichstagswahlen an dem Reichstagswähler ausser Acht gelassen.

Bei der Befreiung der Bauern, wie sie Herr v. Döhlen zu planen hat, wird jetzt den kaiserlichen Gegnern die Hände gebunden. So meint die „Deutsche Tageszeitung“, die Befreiung aller Reichstagswähler geht doch vielleicht etwas zu weit.

Colobiter ohne Schulbildung. Im Vergleich 1897/98 wurden für das Landtag und die Barmen in Bochum der preussischen Provinz die im Jahre 151,332 Mann Kinder eingeschrieben. Von diesen hatten Schulbildung in der letzten Stunde 151,338, nur in der nächstletzten 264, während 170 = 0,11 pCt. ohne Schulbildung waren gegen 2,30 pCt. im Vergleich 1879/80.

### Zusatz

Der Reichstag des Reichstagspräsidenten hat sich in der letzten Sitzung am 11. Juni 1898 im Reichstagsgebäude in Berlin versammelt. Der Reichstagspräsident hat sich in der letzten Sitzung am 11. Juni 1898 im Reichstagsgebäude in Berlin versammelt.

gesteht hat. Im Uebrigen sind eine Reihe von Privatmel-dungen zu verzeichnen, deren Wichtigkeit schwer kontrollierbar ist. Nach einer Pariser Meldung der „Times“ soll der Kassationshof beabsichtigen, bei den Regierungen Deutschlands und Italiens die Erlaubnis nachzuforschen, die früheren Militärattachés von Schwärzkoppfen und Panizzardi durch eine Gerichtskommission über ihre Beziehungen zu Dreyfus vernehmen zu lassen. Nachdem beide Regierungen bereits Erklärungen hierüber abgegeben hätten, die jegliche Beziehung zu Dreyfus im Abrede stellen, könne einer Vernehmung der Attachés nichts im Wege stehen. — Letzteres würde eher eine Vernehmung des früheren Attachés überflüssig erscheinen lassen.

Wahrscheinlicher klingt eine Pariser Meldung der „Londner Morning Post“, wonach die Zurückführung von Dreyfus nach Frankreich, wo er den Zeugen seines angeblichen Geständnisses zu Hauptmann Renault gegenüber gestellt werden soll, beschlossene Sache sei.

Der sozialistische Deputirte Fournier benachrichtigte Dupuy, daß er in der Kammer interpelliren wolle wegen der gerichtlichen Verfolgung, welche gegen Sobier wegen eines Buches über die Armee eingeleitet wurde. Dupuy acceptirte die Besprechung für Montag. Der sozialistische Deputirte Boyer benachrichtigte Freycinet, daß er wegen der Fortdauer der engen Gewahrsamhaltung Biouarts interpelliren werde. Freycinet acceptirte im Prinzip die Diskussion für nächsten Dienstag.

In Paris wird, dem „L.A.“ zufolge, neuerdings die angebliche Generalverschöpfung gegen das Kabinet Brisson viel besprochen. Der „Siecle“ kommt auf das geheime Konventikel der Generalkität am Tage der Deposition des Kriegsministers Jurin den zurück und meint, Cavaignac hätte dabei den Vorzug geführt; er habe vom frühen Morgen bis zum späten Abend in einem Zimmer des Pariser Louvre-Hotels mit Betheiligten konferirt.

Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Nachdem der Minister des Auswärtigen, Delcassé, von dem Artikel eines Abendblattes Kenntniß erhalten hat, der die Dreyfus-Angelegenheit betrifft und in welchem die Tochter des deutschen Botschafters, Komtesse Münster, in diese Angelegenheit hineingezogen wird, hat Minister Delcassé dem Grafen Münster einen Besuch abgestattet und ihm das lebhafteste Bedauern der französischen Regierung und ihre Entschlossenheit über diesen Vorgang, der nicht scharf genug gekehrt werden könne, ausgedrückt.

### Gegen die Anarchisten-Konferenz

Die liberalen englischen Blätter veröffentlichten einen Appell der italienischen Professoren Pareto und Panaleoni an die englische Presse. Durch den Appell soll diese zum Brotheil gegen die beschlossene Einberufung einer Konferenz zur Verabredung von Gewaltmaßregeln gegen den Anarchismus bewogen werden. Die beiden italienischen Professoren sind der Ansicht, daß man im Grunde genommen energische Maßnahmen gegen die Anarchisten nicht ablehnen könnte, wenn man nicht überzeugt sein müßte, daß die italienische Regierung dazujehelende Gesetze einzig und allein zur Bekämpfung der politischen Gegner der Regierung ausführen würde. Als die Regierung nach der Morbidat des Galerio ein scharfes Gesetz gegen die Anarchisten erdachte, da hätten sich die Kammermitglieder durch Crispi feierlich versichern lassen, daß dieses Gesetz lediglich zur Bekämpfung der Anarchisten dienen sollte. Troßdem hätte die Regierung die Härte des Gesetzes Alle die fühlen lassen, welche Gegner der Regierung waren.

Wie weit die Nachberegung der italienischen Behörden geht, das beweisen die Professoren durch einen Hinweis auf die Bestimmung, welche der Behörde ermächtigt, jeden „Verdächtigen“ ohne richterliche Untersuchung auf administrativen Wege in eine Art geheimer Verbannung abführen zu lassen. Die Herren sind überzeugt, daß von Beispiel Tolstoi, dessen letzter Will in Italien beschlagnahmt wurde, dieses Schicksal sicherlich zu Theil geworden wäre, wenn er sich zufällig in Italien befunden hätte. Der Redacteur des „Secolo“ wäre unter directer Beilegung der durch die italienische Verfassung gewährleisteten Rechte durch die Militärgerichte zu mehrjähriger Haftstrafe verurtheilt worden. Ein großer Theil der italienischen Schriftsteller, welche von der Regierung als „gefährlich“ betrachtet wurden, hätte deshalb den Aufenthalt im Auslande gewählt. Die italienische Regierung bezweckt nichts Anderes, als die Durchführung eines internationalen Gesetzes, durch welches ihr möglich gemacht würde, alle politischen Flüchtlinge unter dem Vorwande, daß es Anarchisten wären, in ihre Gewalt zu bekommen.

Das übrigens auch scharfe Gesetze in keiner Weise geeignet sind, der anarchischen Bewegung den Boden zu entziehen, das geht nach Ansicht der beiden italienischen Professoren schon daraus hervor, daß der durch Crispi veranlaßte Ausnahme-gesetzgebung nicht etwa eine Abnahme des italienischen Anarchismus, sondern die Verhinderung des Angiostillo und Suchens gefolgt wäre.

Die „Daily News“ sind der Ansicht, daß die italienische Regierung recht lange warten mußte, ehe England sich zu einer internationalen Abmachung der erwähnten Art hergeben würde. Sollte Lord Salisbury zu demartigen Ausnahmemassregeln seine Hand bieten, so würde er von dem englischen Volke zur Verantwortung gezogen werden.

Und Deutschland? Die deutschen Staatsretter realistischer Ueberzeugung — das beweisen Hunderte von Zeitungsausschnitten der volkfeindlichen Presse — werfen, wenn es gilt der Auhehilfe der Reaktion zu fröhnen, Liberales, Sozialdemokraten und Anarchisten nach Bedarf in einen Topf und behandeln sie demgemäß. Darum sind auch unsere Schachmacher von der Anti-Anarchistenkonferenz über alle Maßen entzückt.

### Zu der Philippinen-Streitfrage

Will Sagasta es auf ein amerikanisches Ultimatum ankommen lassen, und wenn ein solches erfolgt, die Mitwirkung der Großmächte an der weiteren Erörterung anrufen. Wie aus Madrid berichtet wird, glaubt man auf die Unterstützung zweier Großmächte rechnen zu dürfen. Welche dies sind, kann nur vermuthet werden: Deutschland und das dynastisch interessirteste Russen. Auf Deutschland läßt folgende Londoner Depesche rathen:

Der englische und der französische Botschafter in Madrid haben dem spanischen Minister des Aeußern einen Besuch abgestattet und gebeten, ihnen die Gründe mitzutheilen, warum Kaiser Wilhelm nach Spanien kam. Der Minister habe gemurmelt, er sei noch nicht offiziell von dem angeblich bevorstehenden Besuch des deutschen Kaisers benachrichtigt worden und sei daher nicht in der Lage, die an ihn gerichtete Anfrage zu beantworten.



Partei-Angelegenheiten.

Genoss Wilhelm Liebknecht sendet uns folgende Antwort auf unsere Bemerkungen zu seiner Erklärung, die Ergebnisse unserer Wahlbeteiligung an den Landtagswahlen betreffend:

Liebe Kollegen! Sie sind nach wie vor mit dem Ergebnis der Landtagswahlen zufrieden. Das ist Ihr gutes Recht. Es gibt auch ein Recht auf die Zufriedenheit, obgleich ich es nie für ein sozialdemokratisches Recht gehalten habe.

Sie meinen, durch unsere Beteiligung sei der Plan der Reaktion, eine konföderative Majorität im Landtag zu bekommen, vereitelt worden. Ach, wenn es doch wahr wäre!

Vom Umschwunge in Berlin kein Wort mehr. Abwarten! Das das Breslauer Wahlergebnis eine Partei schande sei, habe ich nicht gesagt, und denke ich nicht.

Sie meinen, wenn die Gesammtpartei sich beteiligte hätte, wären den Junkern mindestens zehn Mal 6-10, also 60-100 Mandate abgefragt worden; das ist in der That ein schönes Rechenexempel. Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, daß die Wahlkreise, in denen die Genossen sich beteiligten, gerade die aussichtsreichsten waren.

Und nun bloß noch zwei Fragen: 1. Wenn wir unsere Beteiligung im Parteinteresse für notwendig halten, um die Junker zu besiegen, wozu haben wir die Fortschrittler, um die Mandate abzufragen?

2. Ist es des Schweißes und der Opfer einer allgemeinen Wahlbeteiligung werth, für die Fortschrittler — daß wir aus eigener Kraft für uns kein Mandat erobern können, darüber herrscht Einigkeit — 60-100 Mandate zu erobern? Wären wir dann noch eine selbstständige Partei, oder ein Anhängsel der Fortschrittspartei — nicht einmal eine Fortschrittler-Schuppe?

Berlin, 10. 11. 98.

Mit sozialdemokratischem Gruß W. Liebknecht.

Wir sind fast versucht, die letzte Frage des Genossen Liebknecht, die wir zunächst beantworten wollen, als einen freilich kaum gelungenen Versuch aufzufassen. Im Grunde dürfte doch die Frage, ob es im Falle unserer Beteiligung an den Landtagswahlen nicht besser sei, als selbstständige Partei abzutreten und zum Anhängsel der Fortschrittler zu werden, von einem Manne wie Liebknecht nicht gestellt werden. Wie steht denn die Sache? Wir wollen, die Gesammtpartei solle sich in Preußen selbstständig an den Landtagswahlen beteiligen, solle durch die Wahl eigener Wahlmänner versuchen, aus eigener Kraft Mandate zu gewinnen — es ist eben nicht wahr, daß Einigkeit darüber herrsche, wir könnten aus eigener Kraft für uns kein Mandat erobern — und sollte, wo das nicht möglich, den Freisinn gegen die Reaktion unterstützen, eventuell unter der Bedingung der Ueberlassung von Mandaten an uns. Das ist Alles. Wenn wir in dieser Weise vorgehen, dann hätten nicht die Freisinnigen uns, sondern wir die Freisinnigen in der Hand — das hat schon der Ausfall der jüngsten Landtagswahlen deutlich gemacht — und die Herren würden Grund genug haben, uns die Abtretung einzelner Mandate nicht zu verweigern. Jedenfalls wäre in einer solchen Situation nichts weniger am Platze, als die Behauptung, wir wären dann nur noch ein Anhängsel der Fortschrittler. Umgekehrt dürfte viel besser ein Schluß daraus werden.

Sollte Liebknecht etwa fürchten, daß eine solche Situation die Partei korrumpiren, unser Klassenbewußtsein abschwächen, uns in unheiliger Beziehung schädigen könnte? Derselbe Mann, der gegenwärtig des Kampfes gegen den Reichstagen-Preisgesetzentwurf den Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion unterschrieb, in dem es u. A. heißt: „Gegenüber dem Vorgehen der junkerlichen Reaktion haben Alle gemeinsam zusammenzutreten, da durch das gefangennehmere Attentat sich alle Bürger eines Gemeinwesens getroffen fühlen, das den Anspruch erhebt, ein moderner Staat zu sein.“ Derselbe Mann, der in der Vorrede zu seinem Buche „Der Leipziger Hochverratsprozess“ sagt: „Solche Bündnisse und Verhältnisse sind in der demokratischen Welt unvermeidlich und unter verständigen Menschen sind sie auch durchaus ehrlich, man geht zusammen, so lange es möglich ist und trennt sich, sobald die Bedingungen des Zusammengehens erfüllt oder nicht mehr vorhanden sind, natürlich darf man sich nicht überdrehen lassen.“ Derselbe Mann, der aus der Parteigeschichte weiß, wie oft schon solche und ähnliche Verhältnisse für die Partei, im Einzelnen wie auch im Ganzen, bestanden, ohne daß diese davon den geringsten Schaden genommen?

Wenn Liebknecht dann unsere Meinung, die Partei hätte schon diesmal bei umfassender Beteiligung den Junkern 60 bis 100 Mandate abfragen können, ein schönes Rechenexempel nennt und darauf verweist, daß die Genossen in der aussichtsreichsten Kreise schon jetzt beteiligten, so bitten wir ihn nur, sich einmal nach den vor den Thoren von Berlin liegenden Kreisen umzusehen, die gesammelt wieder den Junkern gehören und zwar — aus Gnaden der Sozialdemokratie! In Brandenburg und Pommern hätten wir den Junkern 18-20 Mandate, in Schlesien und den übrigen östlichen Provinzen mindestens 14 Mandate abnehmen können. Und dazu kommt die Provinz Sachsen, dazu kommen Hannover und Schleswig-Holstein, Hessen und Rheinland, wo überall Reaktionen, junkerlich-agrarische und andere, mit unserer Hilfe besiegt werden konnten. Das laßt uns, an und für sich noch so schwache Beteiligung das Eine, die Beseitigung der Gefahr einer konföderativen Mehrheit im neuen Landtage erzielt wurde dürfte außer dem Genossen Liebknecht kein Mensch bestreiten. Selbst die Freisinnigen, die doch das erklärte Bistehen haben, unsere Wahlhilfe recht klein erscheinen zu lassen, haben das kaum in Rede zu stellen gemagt. Die Redaktion.

Ueber die Gefahr der Verbreitung ansteckender Krankheiten.

Man schreibt uns von hochgeschätzter ärztlicher Seite: Seit vor kurzer Zeit in Wien zweifellos theils in Folge mangelhafter Einrichtungen, die dem Staate zur Last fallen, theils in Folge Nachlässigkeit eines Dieners, der seine Schuld mit dem Tode gebüßt, die Pest kurze Zeit ihre Schrecken gezeitigt hat, ist die öffentliche Meinung durch zwei Fragen außerordentlich beunruhigt worden: Erstens, sind die Versuche, die in den Laboratorien mit der Züchtung der gefährlichen Krankheitserreger gemacht werden, eine Gefahr für die Allgemeinheit? Können solche Keime auch außen verschleppt werden und eine Pestepidemie erzeugen? Zweitens aber: Liegt in dem Aufenthalt beimwäler Kranker, deren Krankheit im Ort sonst nicht vorkommt, in einer Klinik, die Gefahr einer Verbreitung dieser Krankheit?

Die Beantwortung der ersten Frage erfordert, wollte man sie ausführlich beantworten, ein tiefes Eingehen in die Ergebnisse der neuen Forschungen der Bakteriologie; es sei daher hier nur kurz betont, daß „Laboratoriumsinfektionen“ (d. h. Erkrankungen durch Vergiftung mit Bakterien, mit welchen im Laboratorium gearbeitet wurde) zu den größten Seltenheiten gehören. Trotz der Tausende von Ärzten, Studenten und Dienern, welche täglich mit den gefährlichsten Keimen arbeiten, ist fast niemals eine Erkrankung vorgekommen (ebenso, was hier allein hervorgehoben sein mag, wie z. B. bei der großen Cholera-Epidemie 1892 in Hamburg, die Erkrankungen unter dem zahlreichen Arzte- und Pflegerpersonal nur eine verschwindende Zahl bilden). Dieser Umstand beweist, daß für die Außenstehenden die Gefahr garricht in Betracht kommen kann. Dank der Untersuchungen großer Forscher, wie Robert Koch u. A., ist jedem Mediziner das unverbrüchliche Gesetz in Fleisch und Blut übergegangen, sich bei allen wissenschaftlichen Arbeiten der peinlichsten Desinfektion — und deren Grundlage ist Sauberkeit — zu befleißigen. Ferner aber wird der Verbreitung von Krankheitserregern vom Laboratorium her auch dadurch ein Niegel vorgeschoben, daß diese kleinsten Lebewesen selbst sehr empfindlicher Natur sind und meist ihre Existenz im Laboratorium nur auf einem bestimmten Nährboden führen können; sobald sie diesem entzogen werden, verlieren sie ihre „Virulenz“ (Giftkraft) und gehen zu Grunde. Eine Verschleppung der Keime ist aber auf diesem Wege höchst unwahrscheinlich; der Vorgang in Wien beweist nur, daß eine Unvorsichtigkeit sich bürer rächen kann, denn der Wärter hat zweifellos die an sich stark giftigen und leicht übertragbaren Pestbazillen auf seine Schleimhäute übertragen, und er selbst war in Folge unregelmäßigen Lebens- und sonstiger zum Erkrankten disponirt.

Von einer weit größeren Bedeutung ist aber eine Art der Verbreitung eines Krankheitsbazillus, die wir in allen Einzelheiten kennen, deren traurige Folgen wir vermeiden können, und der wir — trotzdem uns das Unglück fast täglich vor Augen tritt — mit auffallender Gleichgültigkeit gegenüber stehen: das ist die Verbreitung der Tuberkulose! Wir wissen, daß der Ansteckungsstoff, der Tuberkelbazillus, sich im Auswurf der Kranken befindet, wir wissen, daß er, wenn er eintrocknet, gerade am besten sich erhält und überträgt, wir wissen, daß ein Siebentel aller Menschen diesem Buzgeengel erliegt — und doch erlauben wir den Tuberkulosen, ihren Ansteckungsstoff überall zu deponiren, in Zimmern, auf Taschentüchern, in Pferdeboxen u. s. w. Hier ist die Erregung viel angebrachter, als in der Agitation gegen die wissenschaftlichen Arbeiten; man agitiere dafür, daß strenge Maßregeln gegen die Verbreitung der Tuberkulose getroffen werden, damit wird man Besseres thun, als mit dem Hegen gegen die stillen Arbeitsstätten, in welchen Forschungsergebnisse erzielt worden sind, denen die Menschheit schon heute die größten Segnungen verdankt. Ohne die — auch für den Forscher sehr gefährliche — Untersuchung der Diphtheriebazillen, besäßen wir noch kein Heilserum, dem manche Mutter die Rettung ihres Kindes verdankt; ohne diese Arbeiten hätten wir nicht jene Heilmethode, welche mit fast erstaunlicher Sicherheit vor dem Ausbruch der Tollwuth bei von tollen Hunden Gebissenen schützt. Die uneingeschränkte Freiheit dieser Arbeiten und Forschungen ist ein Gebot der Vernunft, der Denkfreiheit und der Selbsterhaltung der Menschheit. Wenden wir uns nun zur zweiten, hier in Breslau gerade „aktuellen“ Frage: Liegt im Aufenthalt einiger Leprakranken in der hiesigen Klinik eine Gefahr?

Die Lepra, jene ansteckende, unheilbare, in ihren äußeren Erscheinungen wesentlich die Haut und das Nervensystem betreffende Krankheit, führt den deutschen Namen „Ausatz“, der schon auf die von Alters her geübte Art der Behandlung, die Aussezung (Isolirung) hinweist. Der Ausatz herrschte, wie aus dem zweiten Buch Moses hervorgeht, schon bei Juden und Ägyptern. In Griechenland und Italien war sie in den letzten zwei Jahrhunderten vor und den ersten zwei nach Christi aufgetreten, verbreitete sich über ganz Europa und erreichte ihren Höhepunkt durch die Kreuzzüge vom elften Jahrhundert an. Schon damals baute man überall Ausatzhäuser („Lepraorien“) und die Gesetzgebung griff durch Eheverbote unter Lepraösen und dergleichen ein. Im Laufe des sechzehnten Jahrhunderts nimmt die Lepra, zugleich mit der zunehmenden Verbreitung der Syphilis in Europa ab und sie hat sich seitdem in einigen Hauptbecken festgesetzt: in Vorder-Indien, China, Mexiko, den Küstenteilen Süd-Amerikas und Afrika, Kleinasien; in Europa: auf den südlichen Halbinseln, Ungarn, Galizien, besonders in den Bergen, den Ostseeprovinzen und in geringem Maße in Oberschlesien. Durch genaue Untersuchungen ist festgestellt, daß die Lepra in vorher ausfahrtsfreie Inseln und Länder eingeschleppt worden ist, und daß sie sich dann dort rapide verbreitet durch enges Zusammenwohnen, Benutzung desselben St- und Trinkgeschirrs, ausschweifende Sitten und vor Allem durch das Fehlen der strengen Isolirung. Professor Reisser in Breslau, einer der bedeutendsten Leprosforscher, stellt das Gesetz auf: Die Verbreitung der Lepra steht im umgekehrten Verhältnis zu den Isolirungsmaßregeln, welchen die Kranken in den einzelnen Gegenden unterworfen werden.

Ferner ist nachgewiesen, daß die Lepra hervorgerufen wird durch einen ganz bestimmten Bazillus und auch der Weg, auf welchem die Lepra übertragen wird, ist bekannt: nur Eiter von Leproskranken, welcher den Bazillus enthält, kann, wenn er auf ein anderes Individuum übertragen wird, bei diesem die Lepra erzeugen; gewöhnlicher, nicht Leprosbazillen enthaltender Eiter, vermag die Lepra nicht zu übertragen. Werden aber die Kranken, wie es hier geschieht, völlig isolirt, werden ihre Wunden mit größter Sorgfalt verbunden, und alles, was mit dem eitrigen Sekrete in Berührung gekommen ist, vernichtet — lauter Maßnahmen, die aufs Peinlichste eingehalten werden — so liegt in dem Aufenthalt solcher Kranken auch nicht die geringste Gefahr. Von dieser Anschauung ausgehend, hat man in Paris schon seit ca. 100 Jahren Leproskranker in den Hospitälern beherbergt, ohne daß jemals eine Uebertragung vorgekommen wäre. Die Wichtigkeit des gemeinsamen Aufenthaltes berastigter Kranker zu Studienzwecken leuchtet aber ohne Weiteres ein, wenn man bedenkt, daß der Lepra bei uns (übrigens auch durch Mücken) gefunden ist.

und damit die Hoffnung berechtigt ist, daß auch das Gegen-gift bereitstet entbeht werde.

Grund zur Beunruhigung liegt aber nicht vor; wenn eine Gefahr vorhanden ist, so droht sie höchstens dem, der seine Arbeit leistet zum Wohle der Mitmenschen.

Dr. M. C.

Unternehmer-Verbände.

Eine einheitliche Organisation der „Arbeitgeber“ im Baugewerbe für ganz Deutschland ist am Mittwoch in Berlin in einer Versammlung des Arbeitgeberbundes (Maurer- und Zimmermeister) angebahnt worden. Die Nothwendigkeit dieses Zusammenschlusses folgte der Referent, Maurermeister Simon-Breslau, aus dem Umstande, daß von den in Deutschland vorhandenen ca. 200,000 Maurergesellen bereits 70,000 in Verbänden organisiert seien und; den Unternehmern gegenüber eine nicht zu unterschätzende Macht bilden. Habe doch das Zentralomitee des Deutschen Maurerverbandes (Stb. Hamburg) in den Jahren 1896 bis 1898 nicht weniger als 578,000 Mark Streikunterstützungen gezahlt. Da außerdem die Organisation der Arbeiter im Bauwesen mit jedem Tage neue Fortschritte macht, so läge es im eigenen Interesse der Arbeitgeber, auch ihrerseits auf einen Zusammenschluß hinzuwirken. In erster Linie sei die Verschmelzung der bereits in Deutschland bestehenden etwa 40 Vereinigungen von Fachgenossen zu einem einheitlichen Arbeitgeber-Verbande anzustreben, der dann eine Agitation in größerem Stile zu entfalten habe und die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit und Unsolidarität aufzurütteln. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter werde der zu gründende Verband stets zu respektiren haben. — Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlage einer einheitlichen Organisation einverstanden, worauf Baumeister Hellisch die finanzielle Seite berührte und zu reichlichen Beiträgen auf-forderte, um vorläufig einen Referendumsfonds anzusammeln, aus dem bei ausbrechenden Streiks bedürftige Kollegen unterstützt werden sollten.

So wenig auch die Träume der Herren Simon, Hellisch und Genossen in Erfüllung gehen werden, so ist die in Aussicht stehende Zusammenschließung der Unternehmer des Baugewerbes doch nicht ohne ernste Gefahr für das Wohl der Arbeiter. Die Unternehmer bezwecken nicht mehr und nicht weniger, als die Arbeiter an der ergoßreichen Ausnutzung guter Geschäftsjahre zu verhindern. Wenn Herr Simon, der Führer der Breslauer Unternehmer, versichert, die berechtigten Forderungen werde der zu gründende Verband stets respektiren, so weiß man schon, und in Breslau am besten, was die Unternehmer unter „berechtigten“ Forderungen verstehen. Gerade im Baugewerbe ist nur ein verschwindender Theil der Unternehmer geneigt, Arbeiterforderungen zu bewilligen, ohne daß es erst zum Kampfe kommt. Darin, und nicht in der Lust am Streiken, haben die vielen Maurer- und Zimmermeister ihre Ursache.

Die Gefahren, die eine große Unternehmerorganisation für die Arbeiter mit sich bringt, lassen sich aber abwehren, wenn die Arbeiter einträchtig zusammen halten. Deshalb muß mit aller Kraft dahin gewirkt werden, daß sich jeder Arbeiter, im vorliegenden Falle jeder Maurer, Zimmerer und Baufußarbeiter, der Gewerkschaft seines Berufs anschließt. Nur in der Organisation liegt das Heil. Die Unternehmer begreifen das mehr und mehr; leider läßt sich ein großer Theil der Arbeiter hierin noch von ihnen beschämen.

Sociale Uebersicht.

Die Degeneration des Volkes. Im „Regensburger Anzeiger“ ist aus Regensburg zu lesen:

„Traurig, aber wahr ist es, daß ein großer Theil der heuer beim 11. Infanterieregiment eingestellten Rekruten sich nachträglich als felddienstuntauglich erwies, so daß bereits viele Entlassungen stattgefunden haben. So im 1. Bataillon 28, im 2. Bataillon 34 und im 3. Bataillon 24 Mann; weitere Entlassungen stehen noch bevor. Einen verhältnißmäßig großen Prozentsatz der aus mancherlei Gründen untauglich gewordenen Rekruten lieferten unsere einheimischen jungen Leute.“

Das sind die Wirkungen des Industrialismus.

Aenechte Nachrichten.

Der „Bormarts“-Redakteur Dr. Adolf Braun, ein geborener Oesterreicher, ist aus Preußen ausgewiesen worden. Wieder ein Nadelstich, der die Sozialdemokratie tödten wird.

Die Berliner Anarchistenversammlung, welche gestern Abend stattfinden sollte, ist polizeilich inhibirt worden.

Wegen der Ausweisung der Slaven aus Deutschland werden die Czechen eine scharfe den Dreibund festig an-greifende Interpellation im österreichischen Abgeordnetenhaus einbringen. Die von den Polen einzubringende Interpellation wird in der Form weniger scharf gehalten sein.

In Kopenhagen lebende Deutsche beschäftigten eine Protestadresse an den deutschen Reichstag wegen der Ausweisung von Deutschen aus Jütland zu senden.

Dem „Hamburg. Korrespondent“ zufolge steht es nunmehr fest, daß der Kaiser auf der Rückreise nach Deutschland weder in Cadix noch in einem anderen spanischen oder portugiesischen Hafen an das Land gehen wird.

Standesamtliche Nachrichten.

Geburten. I. Müller Friedrich Jordan, ev., Schulstraße 17, mit Elisabeth Leidig, kath., ebenda. — Kaufmann Hermann Schramm, ev., Neue Schmelzstraße 13, mit Katharina Kowals, ev., Schulstraße 17. — H. Uhrmacher August Ritsche, kath., Blücherstraße 16, mit Louise Schmalte, kath., Marktstr. 40. — Fabrikarbeiter Josef Kreuzer, kath., Vorwerkstr. 67, mit Ida Sienfala, kath., ebenda. — Schmied Maximilian Wollsch, kath., Seitenstr. 21, mit Pauline Kubi, kath., Klosterstr. 134. — Sattler Robert Weil, kath., Siebenhufenerstr. 50, mit Pauline Seidel, ev., ebenda. — Schlosser Max Eisner, kath., Gräßhenerstr. 20, mit Marie Schärer, ev., Marktstr. 8. — Arbeiter Karl Umbmann, ev., Wilhelmstraße, Nr. Breslau, mit Anna Klement, geb. Lusche, ev., Kl. Schmitzstraße 43. — Maurer Wolschlumte, kath., Vincenzstr. 10, mit Louise Frenzel, geb. Gölzner, ev., Oststr. 12. — Stellmacher Karl Kreuzinger, ev., An der Wilhelmstraße 6, mit Hedwig Weisner, kath., Röß-gasse 1a. — Sattler Paul Horn, kath., Oelspitzerstr. 6, mit Anna Kowalowsky, ev., Mariannenstr. 3.

Seburten. I. Schlosser Hermann Adler, kath., S. — Maschinenarbeiter Paul Jarmuzewski, kath., S. — Tischler August Schauer, kath., S. — Schmied Bergritt Richter, kath., S. — Stellmacher August Birtel, ev., S. — Arbeiter Ernst Fahr, ev., S. — Metallarbeiter Karl Wehner, ev., S. — Eisenarbeiter Paul Fiedler, kath., S. — Stellmacher August Heine, ev., S. — H. Kürschner Wilhelm Böhm, ev., S. — Kürschner Gustav Zimmerlich, kath., S. — Schmied Paul Witt, ev., S. — Metallarbeiter Theodor Sonntag, ev., S. — Schuhmacher Gustav Redelt, ev., S. — III. Schlossermeister Theodor Dolata, ev., S. — Bürstmadler Friedrich Spatz, ev., S. — Schiffer Josef Weidler, kath., S. — Arbeiter Oskar Urban, kath., S. — Uhrmann Alfred Sellig, ev., Juchlingstr. 1. — I. August, L. v. Kretschmar, Rudolf Kahl, S. — Schneider Max Schumann, ev., S. — Sattler, L. v. Kretschmar, Paul Baum, I. Sch. — Druckermeister August Kahl, ev., S. — Müller Carl Lusche, ev., S. — Schneider Carl Wehner, ev., S. —







## lokales und Provinziales.

Breslau, den 12. November 1898.

### In den Stadtwahlmännern-Wahlen.

Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind:

- 22. Wahlbezirk: Redakteur Julius Brubus.
- 24. " " Verleger Oskar Schütz.
- 25. " " Tischler Paul Kistler.
- 26. " " Kaufmann Oskar Pehmann.
- 32. " " Zigarrenfabrikant Johann Kühnel.
- 33. " " Tischler Hermann Drosig.
- 34. " " Kassierer Arthur Bergmann.
- 35. " " Zigarrenfabrikant Gustav Tige.
- 36. " " Redakteur Ernst Zahn.

**\* In den Arbeiterunruhen auf der „Alten Gütte“ in Reusatz a. D.** Die Aufstellung des Arbeiterkontrollautomaten schloß, wie jetzt näher bekannt wird, für die Arbeiter des Werks in der That eine beispiellose Härte in sich. Die Kartenabgabe hatte bei der großen Zahl der Arbeiter zur Folge, daß viele bis 30 Minuten warten mußten, ehe sie den Ausgang erreichen konnten. So erklärlich aber auch die Erbitterung unter den Arbeitern über die sie schwer schädigende Maßregel ist, der zur Beseitigung derselben beschrittene Weg war nicht der richtige. Nachdem das Erlischen der Leute, wenigstens am Abend die Arbeit ohne die Benutzung des Automaten verlassen zu dürfen, von der Direktion auszuweisen, wobei im Maschinenraum disziplinierte Arbeiter immer noch Mittel und Wege gefunden, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Das Fehlen der Organisation macht sich auch hier wieder recht unliebsam bemerkbar und die Gegner derselben könnten daraus viel lernen, wenn sie wollten. Sie wollen aber nicht aus den bekannten Gründen.

**\* Germanisirungsfragen.** Gegenwärtig werden von der Regierung allerlei Beratungen über die Förderung des Preussisch-Deutschthums in den östlichen Provinzen, besonders Schlessien und Polen, gepflogen. Der Hauptfachverständige der Regierung ist dabei der frühere Oppolner Regierungspräsident Dr. von Bitter, jetziger Ministerialdirektor. Mit einer ganzen Anzahl von Geheim- und Regierungsräthen, Landräthen hielt er jetzt auch in Kattowitz eine Konferenz ab, auf der über die feinere Zulassung der galizischen Arbeiter verhandelt wurde. Ein Resultat der Konferenz ist nicht bekannt geworden; wahrscheinlich hat sie auch keines gehabt. Was will denn die Regierung? Es ist ja ganz unmöglich, daß sie als die Vertreterin der Interessen der agrarischen und industriellen Unternehmerschaft die Polonisierung und Russifizierung der deutschen Ostprovinzen aufzuhalten im Stande wäre. Am allerwenigsten wird sie Herr Bitter aus dem qualvollen Widerspruch zwischen Germanisirung und Anziehung polnischer Arbeiter befreien, gerade dessen frühere Thätigkeit in Oberschlessien beweist das: unter seiner Amtsführung ist die Polenbewegung unter der Führung des „Katholik“ das geworden, was sie heute ist. Das wichtigste Förderungsmittel für die Katholiken waren die das polnische Bewußtsein reizenden Germanisirungs- und Verpreussungs-Maßregeln der Regierung. Sie erntet nur, was sie hier gesät hat. Nebenbei hat sie das obereschlessische Zentrum arg gefährdet, dem die Polenpartei wie ein Pfahl im Fleische steht.

**\* Die Sittlichkeit auf dem Lande.** Aus Posen schreibt man der Berliner „Volkswacht“: Einen interessanten Beitrag zur Frage der Sittlichkeit auf dem Lande lieferte eine Privatklage, welche in zweitägiger Verhandlung die hiesige Strafkammer beschäftigte und von dem Hauptmann a. D. und früheren Rittergutsbesitzer Biant aus Wiesbaden gegen eine seiner früheren Dienstmägde und deren Mutter wegen Beleidigung angehängt worden war. Die erste Angeklagte behauptete, daß Hauptmann a. D. B., der bis vor Kurzem ein Rittergut bei Posen besaß, sie genöthigt habe und der Vater ihres unehelichen Kindes sei. Auf Grund der Beweisaufnahme kam der Gerichtshof zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagten den Beweis der Wahrheit erbracht hatten und sprach sie frei. Wie das Gericht weiterhin feststellte, hat auch Hauptmann a. D. B. mit einem anderen Theil seines weiblichen Dienstpersonals intim verkehrt. Die Gattin des Hauptmanns B. hat sich auf Grund dieser Angelegenheit von ihrem Manne scheiden lassen. Der Verhandlung wohnten Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft bei.

**\* Neues vom groben Unfug.** Genosse Hirschmeier in Neustadt O.S. soll dadurch groben Unfug verübt haben, daß er beim Tode des Genossen Spindler dessen Krankheit in der Todesanzeige im Neustädter Stadtblatt als Proletarier-Krankheit bezeichnet hat.

Das massenhafte Hinrichten der Proletarier an dieser fürchterlichen Krankheit ist in der That geeignet, besonders die ärmeren Volksschichten zu beunruhigen. Mit dem § 360 Absatz 11 wird man indeß der Seuche nicht beikommen können.

**\* Den Anhängern der Prügelstrafe ins Stammbuch.** Der 14 Jahre alte Schulknabe August Kempa aus Regitz bekam im September d. J. von einer Frau eine Ohrfeige. Dafür zündete er ihr Schenke und Wohnhaus an. Er wurde zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt. In der That des Knaben offenbart sich die erzieherische Wirkung der Prügelstrafe am besten.

**\* Die Breslauer Ausweisungen.** Auch die „Volkswacht“ hat sich aus Breslau melden: Trotz offiziieller Ablehnung sind eine Anzahl in Breslau seit Jahren anhängiger österreichischer Slawen und böhmischer Juden ausgewiesen, obgleich bisher keinerlei Anlaß zur Ausweisung vorliegt.

**\* Ein neuer Güterbahnhof.** Zwischen der kgl. Eisenbahndirektion und der Breslauer Handelskammer haben Verhandlungen wegen Bereinigung der Bahnhöfe Breslau-Freiberg und Wroclaw zu einem neuen Güterbahnhofe „Breslau-West“ stattgefunden, welche zu dem Resultat führten, daß diese Bereinigung der Verabstimmung der Breslau-M. und B. P. am 1. Januar 1899 erfolgen wird.

**\* Zeitungsstoss.** Die Grundarbeiten zu dem Zeitungsstoss gegenüber dem Kaiser Wilhelm-Denkmal an der Promenade sind in Angriff genommen worden; die Eröffnung des Versteigerungstermins ist für Anfang Dezember geplant.

**\* Steuer-Defraudation?** Am Sonntag Abend kam es, wie berichtet wird, auf der Berliner Chaussee zu einem Reuencentre zwischen einem Steuerbeamten und dem Fahrer eines Landwagens, welcher dem Unfug nach steuerbares Gut mit sich führte. Anstatt auf den Anruf des Beamten auf Halt zu halten, fuhr derselbe in vollem Galopp davon, worauf der Beamte sich auf das hintere Trittbrett schwang. Sofort schlug aber auch der Wagenfahrer mit der Peitsche auf den Beamten ein, welcher seinerseits von seinem Seitengewehr Gebrauch machte und den Wagenfahrer verwundete. In Folge des Unfalls, daß die Wagenführer von selbst ausging, führte aber schließlich der Beamte auf die Straße und dadurch gelang es dem Wagenfahrer zu entkommen.

**\* Ein automatisches Saffhaus.** Diese Neuheit der Selbst-Beitauration, hat nunmehr auch den Breslauern seine Pforten geöffnet. Für einen Nickel finden Reuschstraße 2 Männlein und Weiblein die gewünschte Stärkung in allen Geschmacksrichtungen, ohne daß hierbei lebende Wesen in irgend einer Weise benützt werden. Das schwächere Geschlecht hat die Auswahl unter Schokolade, Thee und Kaffee nebst den zugehörigen Torten, für Männer sind eine ganze Reihe Biere vertreten. Daneben kann man sich für einen Nickel selbst den Genuß eines Gläschens Wein verschiedener Herkunft gestatten, dazu auch, wieder auf automatischem Wege bezogen, einen kleinen Imbiß beziehen. Selbst Bouillon fehlt nicht unter dem Gebotenen, das seine Billigkeit glücklicher Weise mehr in der Quantität als in der Qualität verrät. Der Andrang zu diesem neuen Wirthshaus, das übrigens auch Sitzgelegenheit bietet, war in den ersten Tagen ein sehr großer, denn es erregt allgemeine Ueberraschung, mit einem Druck auf den Knopf das Produkt scheinbarer Kochkunst fertig in den Händen zu haben.

**\* Circus Schumann.** Heute Sonnabend findet wieder eine der so beliebten Grandes soirées High Life statt. Diese Vorstellungen sind Spezialität des Circus Schumann und stets mit einem gewählten, vorwiegend equestriellen Programm ausgestattet. An diesem Abend wird Herr Direktor Alb. Schumann wieder mit den besten seiner Dressur-Reiten brilliren und die ersten Künstler, Damen wie Herren, werden in ihren Glanzleistungen auftreten. Die Pantomime Chevaliers Blanc und Noir bleibt nur noch einige Tage auf dem Programm.

**\* Sozialdemokratischer Verein für Breslau und Umgegend.** Sonntag, den 13. November, Nachmittags: Geselliges Beisammensein bei Krostowsky, Lohstraße 75.

**\* Delegirte des Gewerkschaftsartikels!** Dienstag, den 15. November, Abends 8 Uhr, findet in Edlich's Lokal eine Mitgliederversammlung des Gewerkschaftsartikels statt.

**\* Vortrag.** Nächsten Mittwoch, am Vortage, Abends 8 Uhr, wird Prediger Fischer in der Saale des Volksgartens (Waldschlößchen) wieder einen öffentlichen Vortrag halten und über „Robert Blum, ein Volksheld“ auch für religiöse Freiheit“ sprechen. Bekanntlich ist es diesen Monat 50 Jahre her, daß Robert Blum erschossen wurde, weshalb der Vortrag seiner Gedenken soll. — Eintrittskarten im Vorverkauf an den bekannten und durch Plakate gekennzeichneten Stellen, a 10 Pf., an der Abendkasse a 20 Pf. (Siehe Inserat.)

**\* Tod durch zu starkes Schnüren.** Am 11. d. M., Vormittags, brach auf der Jägerstraße eine ca. 25-jährige Frauensperson ansehnlich in Folge zu starkes Schnürens tödtlich zusammen. Die Wäsche der Enkelkinder ist J. B. gerechnet.

**\* Wäschebrennen.** In einem Hause auf der Wallstraße wurden aus einer gewaltsam geöffneten Bodenlampe mehrere molene Unterröcke, Tischdecken und ein Koffer mit Wäsche gestohlen. Dieser Koffer ist mit dem größten Theile seines Inhalts auf der Promenade gefunden worden.

**\* Straßenraub.** Am 5. d. Mts., Abends gegen 7 Uhr, wurde einer Dame, als sie die Ohlauerstraße passirte, von einem etwa 19 Jahre alten Burschen ein Portemonnaie mit etwa 2 Mk. Inhalt aus der Hand gerissen. Der Straßenräuber, der sich bei der Flucht nach der Neuen Gasse wandte, verlor dabei seinen Hut; er war mit einem schwarzen Anzuge bekleidet.

**\* Ueberfahren.** Donnerstag Nachmittag stürzte ein Maurer, als er in Kleinburg einen Pferdebahnwagen während der Fahrt steigen wollte, in Folge Stolperns über einen Pflasterstein zu Boden und wurde überfahren; ein Rad des Pferdebahnwagens ging dem Manne über den rechten Fuß. Sanitätsmannschaften der Feuerwehr leisteten dem Verunglückten die erste Hilfe, alsdann wurde er in das Wenzel Handliche Krankenhaus gebracht.

**\* Ertrunken.** Der 63 Jahre alte Schiffer Franz aus Bernburg wollte sich am 9. d. Mts. Abends auf seinem im Pöpelwitzer Hafen liegenden Kahn begeben, glitt dabei aber auf der Laufbohle aus und stürzte in den Strom, wo er den Tod fand. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

**\* Aus dem Polizeireich.** In das Polizeigefängniß wurden am 10. d. M. 23 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine Uhr, ein Opernglas, eine Handtasche, Strümpfe, Tapeten, eine Brotbüchse und Papiere für Vieh, Feiert, Böhm und Thiel. — A b h a n d e n: zweihundert Mark, eine Uhr Nr. 20213, eine Wagentasche, ein Namenabhang und zwei Portemonnaies mit 3 und 13 Mk. — G e s t o h l e n wurden: ein vierwädriger Handwagen, ein Portemonnaie mit 19 Mk., eine Hofe, eine Kasse und eine Uhr mit Nickelkette, und aus einer erbrochenen Bodenlampe auf der Wallstraße wolene Unterröcke, Tischdecken und ein Koffer mit Wäsche.

## Arbeiterbewegung.

**Angen der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse.** Vom Amtsgericht Moosburg in Bayern war ein Buchdrucker wegen angeblicher Landstreicherei zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden, trotzdem er nicht gebühert hatte und trotzdem er nachweisen konnte, daß er als Mitglied des Verbandes der deutschen Buchdrucker Bundesunterstützung bezog und deshalb über die notwendigen Südfördermittel verfügte. Er wurde verurtheilt, weil er seit 8 Monaten auf der Wanderschaft war. Der bayerische Gau des Buchdruckerverbandes wandte sich mit einer Beschwerde an das Staatsministerium, worin um eine Instruktion der Behörden und Polizeibehörden ersucht wurde, damit ähnliche Mißgriffe vermieden würden. Die Beschwerde war vergeblich und ebenso eine Interpellation, die unsere Genossen im bayerischen Landtag an die Regierung richteten. Bald darauf wurde wieder ein Buchdrucker von dem Moosburger Gericht wegen Landstreicherei verurtheilt, obgleich er ebenfalls vom Verbande Bundesunterstützung erhalten hatte. Die „Münchener Post“ nahm sich der beiden Arbeiter energisch an und nun hat das bayerische Ministerium an die Regierungsbehörden folgenden Erlaß gerichtet:

Der Verband deutscher Buchdrucker, insbesondere auch dessen Gau Bayern, gewährt seinen arbeitslosen, auf der Reise befindlichen Mitgliedern eine Reiseunterstützung von täglich 75 Pf. für die Zeit der Arbeitslosigkeit mit der Maßgabe, daß die Unterstützung zurückgezogen wird, sobald der Reisende sich, ohne triftigen Grund weigert, eine ihm angebotene Kondition im Buchdruckgewerbe anzunehmen, worüber durch die Zahlstellenvertreter des Verbandes Protokolle geführt wird. Da diese Einrichtung unter Umständen für die Bemittelung der Frage von Einfluß sein kann, ob ein reisender Buchdruckergehilfe als Landstreicher im Sinne des § 361 B. G. B. zu erachten und zu verfolgen sei, ergeht im Einverständniß mit dem l. Staatsministerium der Justiz der Auftrag, für geeignete Verhandlung der Distrikts- und Ortspolizeibehörden, sowie Amts-anwälte Sorge zu tragen.

Die Buchdruckerorganisation hat mit Hilfe der Arbeiterpresse einen Sieg errufen, der für alle Gewerkschaften von Bedeutung ist, die durch Zahlung einer Bundesunterstützung ihre reisenden Mit-

glieder vor der Bitterniß bewahren, sich ihr Lot vor den Thüren suchen zu müssen.

Der Formerstreik in der Posch'schen Bieherlei in Röhren ist durch Veraleich beendet.

Die Gasanstaltsarbeiter in Ackerleben, die am 31. Oktober die Arbeit eingestellt hatten, um eine Erhöhung des Lohnes und die Aufhebung einer Maßregelung zu erreichen, sind unterlegen.

## Aus aller Welt.

Durch eine Säufeleber vergiftet wurde eine Familie in der Charlottenstraße zu Berlin. Die Mutter hatte eine Gans in der Markthalle gekauft, und die Leber wurde zum Frühstück aufgehoben. Der Vater und die beiden Töchter genossen davon, und alle Drei erkrankten. Besonders stark unter der Vergiftung hatte die ältere, 16 Jahre alte Tochter zu leiden, welche erst jetzt nach mehr als achtstägigem Krankenlager wieder aufstehen konnte.

In Folge einer Explosion entstand in der Nacht zum Freitag in der Norddeutschen Zuckerraffinerie zu Fressleben bei Braunschweig eine Feuerbrunst. Gegen zwanzig Arbeiter sind verletzt worden.

Ein vierzehnjähriger Bauernknabe ermordete im Belyschen Kreise (Rußland) einen Grundbesitzer, bei dem er im Dienst stand, raubte 6500 Rubel und vergrub die Leiche.

In Monte Carlo beging ein merikanisches Ehepaar Namens Brenard Selbstmord, nachdem es in der Spielbank daselbst 300 000 Franks verloren hatte.

Bei der Verteilung einer Bibliothek in London, die eine ungewöhnliche Anzahl seltener Bibeln, Flugblätter, Katechismen u. s. w. enthielt, brachte ein Exemplar der berühmten Gutenberg- oder Mainz-Bibel 78 000 Mark.

Sehr modern eingerichtet scheinen die Londoner Polizeistationen zu sein. Englische Blätter machen darauf aufmerksam, daß sie noch immer kein Telefon besitzen.

Bei einer unvermuthet vorgenommenen Revision der Kirchenstiftungsanstalt St. Moritz in Augsburg ergab sich ein Fehlbetrag von mehreren Tausend Mark. Der ungetreue Stiftungs-pfleger, der seinen Eingriff in die Stiftungsanstalt eingestanden hat, heißt Alois Gleich.

Die Pest in Samarland. Eine Mittheilung des russischen „Regierungsboten“ berichtet ausführlich über die Maßnahmen, welche die unter der Leitung des Prinzen von Oldenburg stehende Antipestkommission in Samarland und den angrenzenden Gebieten getroffen hat. Ferner wird mitgeteilt, daß in Ansof von 357 Einwohnern bis zum 15. Oktober 219 an Peilenpest gestorben waren und daß in der Zeit vom 15. Oktober bis 2. November 14 Personen gestorben und 19 erkrankt sind. Am 2. November waren in Ansof noch 14 Erkrankte; an den beiden folgenden Tagen waren keine neuen Erkrankungen zu verzeichnen. In den benachbarten Anhebungen und den anderen Distrikten des Gouvernements von Samarland und Buchara sind überhaupt keine Pestfälle vorgekommen.

## Gerichtliches.

Nachträge zur Reichstagswahl. Der Kohlenhändler Karl Kötner aus Heiderdorf war wegen Beleidigung des Rittersgutsbesizers von Chappuis in Groß-Wilkau vom kaiserlichen Schöffengericht zu 20 Mark Geldstrafe verurtheilt worden, wogegen der Angeklagte Berufung einlegte. Am 9. d. Mts. kam die Sache vor der Strafkammer in Schweidnitz zur Verhandlung. Am Tage der Reichstags-Stichwahlen kam der Angeklagte in das Bahnhofslokal zu Groß-Wilkau, wo er, sich vorkellend, die Erlaubniß zum Durchgange nachsuchte. Als er sich auf eine Bank setzte, wurde ihm dies von dem Wahlvorsteher, Rittergutsbesitzer von Chappuis, untersagt. Kötner wollte sich dies nicht gefallen lassen und er äußerte, der Wahlvorsteher habe ihm dies nicht zu untersagen. Schließlich drohte der Letztere, ihn durch seine Leute hinausbefördern zu lassen, wogegen Kötner energisch protestirte; dann ging er freiwillig fort. Die Strafkammer verurtheilte eine Beleidigung in dem Wortstreite nicht zu erlösen und hielt es auch für selbstverständlich, daß, wenn von Jemandem das Recht zum Verweilen in einem Zimmer gewährt, man ihm auch gestatte, sich zu setzen. Das schöffengerichtliche Urtheil wurde aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen. Die sämtlichen Kosten hat die Staatskasse zu tragen.

Ein schlimmer erging es einem zweiten Wahlagitator. Am Abend vor der Reichstagsstichwahl kam ein Schuhmacher aus dem Landesbutter Kreise nach Rubelstadt am Boder, um dort freisinnige Wahlflugblätter zu vertheilen. Mit seinen Blättern entzündete er jedoch in einem Schanklokal den besten Korn dreier Wäste, von denen einer fürkeimig trug. Der uniformirte Herr ereiferte sich schließlich derart, daß er auf den Schuhmacher losstürzte, ihn ohne Weiteres für verhaftet erklärte und die Flugblätter und den zu ihrem Transport benutzten Papierstock mit fester Stahleinlage beschlagnahmte. Aufgefordert, sich doch zu legitimiren, wies sich der Jorkmann als der für Rubelstadt zuständige Amtsvorsteher, Reviere-führer Paul Arnold, aus. Der Flugblattvertheiler wurde zwar, als er sich legitimiren, entlassen, erhielt aber nach vierzehn Tagen von Herrn Arnold einen Strafbefehl in Höhe von 25 Mark wegen „Vertheilens“ von Druckschriften ohne polizeiliche Erlaubniß und Mißachtung eines als Hiebwaaffe geltenden Stodes“. Selbstverständlich erhob der Schuhmacher Einspruch, und brachte die Sache so vor das hiesige Schöffengericht. Hier mußte Herr Amtsvorsteher Arnold nach Vorlegung des Stodes allein zugeben, daß das Tragen eines solchen nirgendwo verboten sei. Ferner erregt, ob er denn nicht wisse, daß in Wahlzeiten politische Druckschriften auch ohne polizeiliche Erlaubniß vertheilt werden dürfen, erklärte der Amtsvorsteher, er sei durch eine im amtlichen Theile des Volkshauses Kreisblattes veröffentlichte preßgesetzliche Belehrung irregeleitet worden. Selbstverständlich lautete das Urtheil auf Freisprechung des Angeklagten, Herausgabe der beschlagnahmten Gegenstände und Ueberweisung der Kosten, auch der dem Angeklagten erwachsenen Auslagen, auf die Staatskasse. Mit dem guten Rathe, künftig nicht so hitzig aufzutreten, wurde der Amtsvorsteher entlassen.

Prozeß Coewenkeim. In dem Prozeß gegen den Agenten Coewenkeim in Hannover erkannte der Gerichtshof wegen fünf Beleidigungen, zwei Erpressungsversuchen, sowie wegen gewerbsmäßigen und gewohnheitsmäßigem Wucher gegen den Angeklagten auf zwei Jahre acht Monate Gefängniß und 3000 Mark Geldstrafe, ev. noch 300 Tage Gefängniß sowie auf 5 Jahre Ehrverlust.

Ein sauberes Sackweib. Der frühere Gastwirth Conrad Fledenstein von Düsselhorf wurde von der Strafkammer wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Fledenstein hat keinen Magen und seine Gassen-überliche, gesundheitschädliche Nahrungsmittel vorgelegt: Tröpfelbier, faules mit Raben durchsetztes Fleisch, Suppe von sauren Knochen und ähnliche „Delikatessen“. Das Fleisch wurde bei der Zuerichtung scharf gewürzt, um den Fäulnisgeruch zu verdecken. Im Juli erlangte die Polizei Kenntniß von diesen Manipulationen und legte dem Fledenstein das unsaubere Handwerk. Bei etlichen Wochen wurde Fledenstein aus der Gastwirthschaft „zum Grafen Adolf von Berg“ an die Luft gesetzt.

Wegen Verkaufes werthloser Scheinmünzen verurtheilte das Landgericht zu Lützen den Agenten Dreffel zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

Der Polizeifergewalt Mandel aus Hombrugg wurde am Donnerstag vom Schwurgericht zu Dormund wegen Stillschleppens zu einer Gefängnißstrafe von anderthalb Jahren verurtheilt.



### Ortskranken-Kasse der Glacéhandschuhmacher zu Breslau.

Montag, den 21. November 1898, Abends 7 Uhr, bei Herrn Friedrich, Mauritiusplatz 4153

### Ordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vorhandswahlen. 2. Wahl von drei Revisoren zur Abnahme der Jahresrechnung pro 1898. 3. Aenderung der §§ 13 und 20. 4. Gerabehung der Leistungen. 5. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen erucht dringend Der Vorstand.

### Gewerkschafts-cartell für Breslau und Umgegend.

Dienstag, den 15. November, Abends 8 Uhr, in Edlich's Local, Neumarkt 8

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes. 2. Verschiedenes. Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder erucht Der Vorstand.

### Mittwoch (Bußtag), Abends 8 Uhr:

### Vortrag

von Prediger Tschirn im „Volksgarten“.

### Stadt-Theater. Abren.

Sonntag: „Obren, König der Eisen“. Sonntag, Nachmittag 3 1/2 Uhr: „Marie“. Die Tochter des Regiments. Abends 7 1/2 Uhr: „Der Freischütz“.

### Lobe-Theater.

Sonntag: „Gastspiel der Frau Sorma“. „Frou-Frou“. Sonntag, Nachmittag 3 1/2 Uhr: „Mausjelle Hiltouche“.

### Thalia-Theater.

Sonntag: „Gastspiel der Frau Sorma“. „Die verschleierte Blume“.

### Deutsches Theater.

Sonntag: „Der Weichwaser“. Sonntag, Nachmittag 3 1/2 Uhr: „Die jüdische Heilung“.

### Circus

Albert Schumann. Jede Sonntag, den 12. & 19. Abends 8 Uhr: Grand Soiree High-Life. Gang brillanter, vorwiegend europäisches Programm.

### Berlin-Kalender.

Verkauf des Berliner-Kalenders für 1899. Der Kalender enthält alle Nachrichten über die Ereignisse des Jahres 1898.

### Arbeiter-

Hemden, Leder- und Zwirn-hosen, warme Manns- und Frauenjacken, waschbare Blousen. W. Völkel vorm. C. Griedsch, 8196 Friedrich-Wilhelmstr. 20.

### Harmonika-Fabrik

Nachfolger Inhaber: E. Schütze. Breslau, Nitz 36, nur 1 Etage. 4036. Erzeugnisse: Manopans, Seraphens, Sittlern u. s. w. Reparatur-Berfschaft aller Musikinstrumente. Filiale, Friedr.-Wilhe-m-Strasse 73a.

### Wahlen oder Nichtwahlen.

Ein Wort zur Frage der Beteiligung der Sozialdemokraten an den bevorstehenden Landtagswahlen von Reichsanwalt Wolfgang Heine. Preis 20 Pfg. Johannes Gauke Ueber die Grenzen des Nationalismus und Internationalismus. Preis 20 Pfg.

### Viele Neuheiten

R. Migala, Breslau, L. J. - Wilhelmstr. 1a. II. Stockwerk. II. Zimmerstr. 22. IV. Zimmerstr. 13.

### S. Leuchtag

Schneiderei Nr. 55. Jackets u. Kragen. Damen-Costumes. Trauer-Kleider. Kinder-Kleider. Kinderjackets u. Mäntel zu sehr billigen Preisen.

### Alle Freunde und Genossen

„Volksrecht“ zu verlangen. Es enthält alle Nachrichten über die Ereignisse des Jahres 1898.

### Edmund Schönfelder

Uhrmacher. Breslau, Mollatstraße Nr. 14. Geht alle Arten von Taschenuhren, Regulatoren, Stuck- und Wanduhren, Wecker etc. Reparaturen.



### Façon Wieland

laut Abbildung, verkaufen wir in Pa. Mirza für Mk. 6.75, in Pa. glattem schwarzen Double für Mk. 7.50 in allen Farben u. Grössen stets vorrätig. Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.

### Gebr. Peiser,

Damen- und Mädchen-Mäntel-Fabrik. Nikolai-Strasse 14, I.-IV. Etage.

für Raucher! La Costa, hochfeine Sumatradecke mit Patent Felix Brasil, vorzügliche 5 Pfennig-Cigarre offerirt H. Würckheim, Bücherplatz 12 (Riembergshof.)

### Stadtverordneten-Wahlen!

Wir empfehlen unsere Candidaten III. Abtheilung, Bezirk 19: Kaufmann u. Stadtverordneter Gustav Biller, Wandagist u. Stadtverordneter Paul Schmidt.

### Restaurant

„Zur grünen Eiche“ Reusche-Strasse 7. Gut gepflegte Biere und Weine. Vorzügliche Küche. Kleine Preise. Inhaber A. Koenig.

### Getreide-Kornbranntwein

Die Dampfbranntwein-Brennerei von Robert Schumm, Inhaber Wilhelm Hänel, Scheitniger-Strasse 20 (Ede Hirsch-Strasse.)

### Den geehrten Hausfrauen

Joseph Liess, Bäckermeister, Bergmannstr. 9. Ich offerire das beliebte Gröbste reine Roggenbrot.

### Bei Husten u. Heiserkeit

Eucalyptus-Bonbons. nach ärztlicher Vorschrift bereitet, bestens empfohlen. Sie beseitigen den Geruch u. Geschmack im Munde.

In freien Stunden. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Preis pro Heft nur 10 Pf.

Die Hünen und Glenden von Victor Hugo. Herausg. von J. Damberger. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes.

### Restehandlung

Nicolai-Strasse 69 und Schmiedebrücke 60. in Anzügen und Kleidern u. in Plüsch u. Grimmer, Duffel, Dabel, Eskimo, Montagnard u. Kleiderstoffen.

### Bürgerliches Gesetzbuch

mit dem Einführungs-Gesetz und einem ausführlichen alphabetischen Sachregister zum Preise von 1 Mark zu beziehen durch die Exped. des Volksrecht.



# S. Guttentag,

## Breslau, Ohlauerstrasse 76/77, I. und II. Etage, Eingang nur Altbückerstrasse 5.

4139

Erstes Confectionshaus, in welchem zu unantastbar strengen Preisen verkauft wird und wo Vorschlägen und Abhandeln absolut ausgeführt ist.

Eine unerreichte Auswahl fertiger Garderobe neuester Moden, sowie ein enorm großes Stofflager für Bestellungen nach Maass stehen bei mir jederzeit einem geehrten Publikum zur Verfügung. Die Befichtigung sämtlicher Läger ist Jedermann gern und ohne Kaufzwang gestattet.

Die Waarenlager, die größten am Orte, bieten Alles, was man in Garderobe im praktischen Leben, sowie in den feinsten Gesellschaftskreisen brauchen kann.

Die verwendeten Stoffe werden stets vor der Verarbeitung auf ihre Haltbarkeit und Farbenechtheit geprüft. Eminent tüchtige Zuschneider leiten das Messort für seine Maassbestellungen.

Die nachstehenden Sachen bitte der unerreicht billigen Preise wegen einer geneigten Durchsicht zu unterziehen.

**Herren-Paletots** in Double, Eskimo, Krimmer, Natiné, Flaconé, Welliné, Grisó, Montagnac, Cheviot u. a. m. von Mk. 10.50 an.

**Herren-Sport-Paletots** in den apartesten, schönsten Farben und elegantem Plaidfutter von Mk. 22.00 an.

**Specialität: Eleganteste Herren-Paletots** aus weichen Frischstoffen gefertigt, in schwarz, braun oder blau, gefüttert mit elegantem, englischem Plaidfutter . . . nur Mk. 35.00

**Seltenes Angebot!**  
Ein Posten Herren-Paletots wegen kaum merklichen Farbenschlern bedeutend zurückgesetzt.  
Sonst Mk. 30.00. Jetzt nur 18 10

**Garderobe nach Maass**  
in feiner eleganter Ausführung und unter absoluter Garantie des guten Sitzes überaus billig.

Nichtconvenirendes wird bereitwilligst umgetauscht oder kostenlos geändert und jedem Stück werden Flickflecken beigelegt.  
Kataloge, reichhaltigst illustriert, kostenlos und portofrei.

**Herren-Pelerinen-Mäntel** aus festen, dauerhaften Ledestoffen oder erprobten Tuchqualitäten in schönen, modernen Farben mit langer und weicher Pelerine, durchweg mit bidem Esfizier-Lama oder carizet, elegant. von Mk. 15.00 an.

**Herren-Anzüge** in Tuch, Baglin, Schirot, Kammgarn, Cheviot-Loden, Kammgarn-Cheviot zc. zc. in vorzüglicher Verarbeitung von Mk. 10.50 an.

**Herren-Joppen** in außerordentl. praktischen Ledestoffen, ein- oder zweireihig, mit Plastrachen und mit oder ohne Gürtel, verschiedenfarbig . . . von Mk. 5.75 an.

**Herren-Schlafröcke** in Double, Velour, Flammé, Welliné zc., mit farbigem Tuch, Plüsch oder Sammet besetzt . . . von Mk. 7.50 an.

**Herren-Beinkleider** in Satin, Tuch, Baglin, Cheviot, Kammgarn, bis zu den feinsten, echt englischen Nouveautés . . . von Mk. 3.00 an.

**Extra dicke Winterhose** aus erprobtem Velourstoff, verschiedenfarbig . . . nur Mk. 5.00.

**Leibchenhosen für Knaben**  
billige Qualität . . . 75 Pf.,  
bessere . . . 1.00 Mk.,  
beste . . . 1.25 Mk.,  
per Paar.

**Livreeen** für Kutscher und Diener, Vordröcke, wasserdichte Kutscher-Pelerinen.

**Jagd- und Sport-Garderobe** in moderner Auswahl.

**Tricot-Unterwäsche** in verschiedenen Qualitäten u. Preisen.  
**Guttentag'scher Special-Schulanzug** für 8- bis 14jährige Knaben, Größe 7-12 in einem äußerst haltb. Loden-Cheviot, grau-grün 7.50. für jede Größe . . . nur Mk. 7.50.

**Jünglings-Paletots und Mäntel, sowie Anzüge** in allen gangbaren Qualitäten und verschiedensten Farben in unerreicht r. Auswahl zu überraschend billigen Preisen vorrätig.

**Knaben-Anzüge** vom einfachsten bis elegantesten Façon . . . von Mk. 2.50 an.

**Knaben-Mäntel** mit Pelerine in dauerhaften Loden- u. Tuchstoffen . . . von Mk. 4.00 an.

**Knaben-Mäntel** ohne Pelerine in dauerhaften Loden- u. Tuchstoffen . . . von Mk. 3.25 an.

**Knaben-Joppen** in Lodenstoffen gefertigt, warmgefüttert, hochgeschlossen u. Mk. 3.00 an.

**25** Mark ein eleganter Maass-Anzug mit Anprobe aus einem dauerhaften erprobten Cheviot gefertigt, in den Farben schwarz, braun, blau, grün.

Breslau's grösste und billigste Bezugsquelle

# Unübertroffen

ohne jede Konkurrenz

## liefern ich ganze Braut-Ausstattungen, sowie einzelne Möbel und Polsterwaaren

als: Schränke, Verticows, Waschtische, Spiegelschränken, Spiegel, Nachtlischehen, Bettstellen in echt u. imitirt, Sophas, Divans, Chaiselongues, Garnituren etc. etc. in jeder Preislage

# auf Abzahlung.

Grösste Auswahl: 3929

**Für Herren:**

Anzüge, Saccos, Ueberzieher, Hosen und Westen. Knaben-Anzüge.

**Für Damen:**

Mäntel, Kragen, Jaquets etc. etc. Mädchen-Mäntel.

### Manufacturwaaren

als: Inletts, Barehende, Bettzeuge, Damaste, Tischdecken, Hemden, Unterhosen, Kleiderstoffe in schwarz u. farbig, Stiefel, Schirme, Uhren etc. etc.

# S. Osswald, Breslau,

Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage.

## Möbel- u. Waaren-Creditgeschäft.

Eigene Polsterwerkstatt im Hause.

## Robert Schuppe

Hutmacher-Meister, Nicolai-Strasse 34 empfiehlt sein gut

assortirtes Lager in eleganten und dauerhaft gearbeiteten Herren- und Knabenhüten zu billigsten, aber festen Preisen. Bitte genau auf Firma zu sehen 4147

Bitte trinken Sie nur feinst geröstete

## Kaffee's

von C. G. Müller,

gut und billig, sehr kräftig, fein aromatisch

d. Pfd. 70, 75, 90, 95, 100 Pfd., exquisit, fein,

von unübertroffener Güte, d. Pfd. 120, 130, 140 bis 150 Pfd.,

**Rohsorten** entsprechend billig.

**Malzkaffee** des Pfd. 25 Pfd.

**Getreide-Kaffee** des Pfd. 12 Pfd.

**Farin-Zucker**, des Pfd. 22-23 Pfd.

**Thee, Cacao** des Pfd. 140 Pfd.

**Breslauer Getreide-Mehl** des Pfd. 50 Pfd.

**Sortenmehl**, des Pfd. 14 Pfd.

**Grainmehl**, des Pfd. 14 Pfd.

**Carton-Mehl**, d. Pfd. 12-15 Pfd.

**Seife** Sarsaparilla, d. Pfd. 120 Pfd.

**Seife** Harz, d. Pfd. 30 Pfd.

**Feinste Pfefferseife**, d. Pfd. 37 Pfd. 4078

**Plantainöl**, angereicht, des Pfd. 37 Pfd.

**Äther's Präparat**, des Pfd. 37 Pfd.

**Stiefel-Linoleum**, des Pfd. 37 Pfd.

**Academix**, des Pfd. 37 Pfd.

**Schleife Kaffee-Sorten**

**C. G. Müller**

Poststrasse 4, nahe dem Markt



gegründet 1879.

### Streng reeller Ausverkauf.

## Herrn- und Knaben-Garderoben-Fabrik

Bin ich gezwungen, mein Lager so schnell als möglich zu räumen. Zum Verkauf gelangen nur streng moderne, gut passende, reelle Sachen, dafür bürgt das Renommé meiner seit 20 Jahren bestehenden Firma. 3997

In sehr reicher Auswahl sind noch vorhanden:  
**Winter-Paletots**  
mit gutem Wollfutter wie nach Maß gearbeitet von 8,- bis 12,- M. an.

**Hobenzollern-Mäntel**  
in verschiedenen Qualitäten, aus guten dicken Winterstoffen mit weicher Pelzlinie v. 15 M. an.

**Joppen**  
mit sehr breitem Ueberschlag in verschiedenen Stoffarten, durchweg gefüttert von 5.50 M. an.

**Schlafrocks**  
warm und mollig mit verschiedenartigem Besatz von 7,- bis 10,- M. an.

**Anzüge**  
in dicken Winterstoffen, elegant und schnellig stehend von 12,- bis 18,- M. an.

**Knaben-Anzüge und Paletots**  
von 2.50 M. an.

Spezialität:  
**Bauch-Garderobe**  
für die häufigsten Herren passend.

Besonders günstige Offerte!

# S. Hurtig,

Ohlauerstr. 84, 1. Etage,  
Eingang Schubbrücke.

gegründet 1879.

# Geld

erspart Jeder durch Einkauf im **Waaren-Haus**

## L. Baender

57 Reußstr. 57.

### Kleiderstoffe

Weiter 25, 31, 44, 55, 80 Pf. - 2,75 Mark

**Eltener Gelegenheitskauf!**

Cröpe, glatt in allen bunten Farben, Meter 44 Pf.

**Aparte N. arbeiten**

Reifen, Meter 21, 27, 31, 42 Pf.  
Woll, Meter 28 Pf., Julett 33 Pf.  
Sonderstück, Meter 15 Pf., Eisen 34 Pf.  
Sonderstück 98 Pf., Tischdecken 58 Pf.  
Damen-Banden 55, 78, 80 Pf.  
Besetzt mit 2 Reihen, buntes 2,35, weiß 2,75 M.  
Bestücker 69, 87, 95 Pf.  
Sardinen, abgepacktes feiner 1,05 M.  
Leppische, Käse, Caviar.

### Damen-Confection.

Winter-Arbeiten

zu blumig spottbilligen Preisen.  
Schnell Liefer. Parde und Concessionswesen  
auch für Wiederverkäufer spottbillig.

## L. Baender

57 Reußstr. 57.



# Damen-Jaquettes

von 2 Mk. an

# Kragen

von 1,50 Mk. an

# Radmäntel

von 6 Mk. an



# Kinder-Mäntel für jedes Alter

# Jaquettes

„ „ „ „  
vom Einfachsten bis zum Elegantesten in guten, nur decalirten Stoffen.

# M. Berger Nachfolger

## Damenmäntel-Fabrik

### Ohlauer - Strasse 80, Erste Etage.

Sonntags geöffnet von 1<sup>2</sup>8-9 u. von 11-2 Uhr.

**Auf Theilzahlung**

**Herrn - Confection**  
Hemden, Kragen, Westen, Anzüge  
sowie auch alle in der Mode

**Damen-Confection**  
Korsetts, Blusen, Kleider, Mäntel  
sowie auch alle in der Mode

**Möbel- u. Polsterwaaren**  
Sessel, Stühle, Sofas, Betten  
sowie auch alle in der Mode

**ohne Anzahlung.**

**Ausstattungs-gesellschaft**  
**Julius Ollendorf & Co.**  
Hilfsstr. 13, I. u. 2. Etg. 3867

# Pelzwaaren-Lager

von J. Peltski  
**Robert Baumeister**

empfehle ich die Auswahl in Herren-Pelzen von 50 Mark an. Damen-Pelze von 20 Mark an sowie Jaquettes, Capes, Muffen, Barettis und verschiedenartigste Pelz-Calliera. Umänderungen, Modemischungen aller Pelz-Artikel, auch Barettis werden nach dem neuesten Fashion in eigener Werkstatt ausgeführt und strengste Punctualität zugesichert.  
**Nur Ring 23, I. Etage, Ecke Ohlauerstrasse.**

### A. Kapst

17 Mariannenstr. 17  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in größter Auswahl von neuen und gebrauchten Möbeln, Betten, Schilfmöbeln, Kissen, Stühlen, u. Knaben-Garderoben, Herren, Regalaturen etc. etc. zu billigsten Preisen. 4126

### J. Schneider

früher J. Marzoll  
Schuhmachermeister  
Gräbischenerstraße 45  
ist bekannt durch große Auswahl u. billige Preise.  
Beste Bezugsquelle für selbstverfertigte Herren-Gamaschen von 6,50-8 M. Auch ist ein großes Lager in allen Sorten Tuch- und Filz-Schuhen, sowie 3941

### Stiefeletten

für Herren, Damen und Kinder stets vorrätig.  
Reparaturen in eigener Werkstatt.  
4091 Die billigsten Stempel, Medaillonen u. kleine Druckereien sowie Schablonen, Monogramme liefert  
**Max Häbsch,**  
BRESLAU  
Wlatschmarkt 97,  
Ecke Ring, Müst. frei.

### Billigste Nothabate!

Summatra, 25 Sorten, per 100 Pfd. 140 bis 450 Pfd. 4103  
Carmen 115 bis 130 Pfd.  
Java Umbl. 105 bis 130 Pfd.  
Domingo, groß, 115 Pfd.  
Märker, alt, 65, 70, 75 Pfd.  
Pfälzer 65, 68, 70, 75, 80, 85 Pfd.  
amerik. Grass, sauber, à 30, 50, 60, 80 Pfd.  
gegen Haar mit Disconto.  
**Albert Kramolowsky,**  
Ring 60, Ecke Jerstrasse,  
älteste Pohlhah-Gehäft in Breslau.

### Neu-Gröfnung!

**Photograph. Atelier**  
**Paul Hahn,**  
Gustav Freytagstr. 3,  
an der Salvatorkirche.  
**12 Visitenbilder**  
nur 4 Mark.  
Cabinet und grössere Bilder zu den billigsten Preisen bei bester u. sauberer Ausführung.

### 40 Waschtische, Spiegelschränken und Spiegel

werden auch einzeln auf Abzahlung, bei einer Anzahlung von 5 Mark und wöchentlicher Abzahlung von 1,50 Mark an, abgegeben. 3827/3  
**S. Osswald,**  
Schubbrücke 74 L.

33. Friedrich-Wilhelmstr. 33.  
Lager von Cigaretten und Cigaretten.  
**Papierhandlung,**  
sowie feinst. Schreibmaterialien bei 3980

### Traugott Friedrich

33. Friedrich-Wilhelmstr. 33.  
**Zähne, Plomben**  
auch Theilzahlung  
**Bruno Wentzky,**  
20, Hilfsstr. 20, I. Etg.

Altes Gold u. Silber kaufen  
**Emil Neumann,** 4046  
Gresten, Bismarckstr. Nr. 13.

### H. Frank, Uhrmacher,

Aisen-Strasse 17,  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager aller Gattungen gut regulirter Uhren, unter 3 jähriger Garantie.  
Reparaturen unter Garantie wie folgt:  
Reinigen einer Taschenuhr 1 Mark, eines Regulators 2 Mark, reinigen und reparieren einer Wanduhr 1,50 Mark.  
Gläser und Kapseln je 25 Pf.  
Zeiger und Kettenhaken 15 Pf.  
Broschieren 10 Pf.  
Reparaturen in Gold- und Silberwaaren zu stamend billiger Berechnung.  
Unter Zusicherung streng reeller Bedienung ich mich bestens empfehlen lassen.  
Problem halte, zeichnet H. Frank.